

# Semesterspiegel

Zeitung der Studierenden in Münster

Nr. 383 | Oktober 2009 | [www.semesterspiegel.de](http://www.semesterspiegel.de)

2x „Studi  
abroad“  
ab S. 6



world wide university



Das „Who is Who“ der WWU | Gesinnungstest | NRW-Ticket | u. v. m.

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser und ganz besonders liebe Erstsemester,



Habt ihr euch schon einmal gefragt, wie international eigentlich eure bzw. eure zukünftige Hochschule ist?

Uns als Redaktion kam diese Frage in den Kopf, als wir die neue Ausgabe des Semesterspiegels vorbereiteten. Jeder von uns kennt doch jemanden, der im Ausland studiert hat, konnte selbst vielleicht schon die Vorzüge von sechs Monaten Erasmus genießen oder hat diese tolle Zeit noch fest eingeplant vor sich. In jeder Ausgabe stellen wir euch als „Studi abroad“ Auslandserfahrungen von Studierenden vor. So lasst diesmal die Eindrücke zweier Studentinnen von Orten, die nicht gegensätzlicher hätten sein könnten, einfach auf euch wirken. Auf S. 6/7 findet ihr einen Bericht über Buenos Aires und auf S. 8/9 einen anderen über den ecuadorischen Regenwald.

Darüber hinaus haben wir uns diesmal gefragt, wie international ist die Uni Münster hier vor Ort und präsentieren euch ein buntes Bild. Wir stellen euch die verschiedenen internationalen Institutionen an eurer Hochschule vor (S. 20/21) und beschäftigen uns intensiv mit dem Gesinnungstest (S. 22-25), den viele ausländische Studierende bestehen müssen, bevor sie anfangen dürfen bei uns zu studieren. Außerdem befragten wir Studierende (MoFra, S. 26/27) zu diesem Thema.

Auch in anderen Artikeln soll euch Internationales erwarten. So erzählt euch Dr. Tankred Stöbe im Interview viel Wissenswertes über Ärzte ohne Grenzen (S.28-30) und das Referat für politische Bildung kündigt eine interessante Infoveranstaltung zur Lage im Iran an (S. 15). Und habt ihr schon einmal was von der Millenniumskampagne der Vereinten Nationen gehört? Wenn nicht, dann lasst euch auf S. 31 aufklären.

Wir wünschen euch beim Lesen dieser tollen Artikel ganz viel Spaß und Freude und hoffen euren Blick für Internationales an der Uni schärfen zu können.

Für die Redaktion  
Olivia Fuhrich

## Inhalt

### Semesterspiegel

Illustration zum Titelthema	4
Oktober-Cartoon	4
Gerichtsentcheidung BAföG	5
Impressum	5
Studi abroad (Buenos Aires)	6
Studi abroad (Ecuador)	8

### Campus

Wir Lebensläufer	10
Das „Who is Who“ der WWU	12
Durchs ganze Land zum Pauschalpreis (NRW-Ticket)	14
Revolte gegen die Islamische Republik	15
Wem gehört die Bildung? (Internationale Kommerzialisierung)	16
Der Senat – eine Versammlung von autoritären Charakteren	18

### Titel

Internationale Institutionen an der WWU – ein Überblick	20
Korea-Institut – ein bisschen Hanguk in Münster	21
Sicherheitswahn im Abendland (Gesinnungstest für ausländische Studierende)	22
Montagsfrage: Ist die Uni Münster eine internationale Hochschule?	26

### Politik

Humanitäre Hilfe als menschliches Gesetz (Ärzte ohne Grenzen)	28
Für eine Welt ohne Hunger und Armut (Millennium-Kampagne)	31

### Kultur

Rezension: „Antiziganistische Zustände“	32
Rezension: „Kleine Geschichte der Arbeiterbewegung“	34

### Schluss(end)licht

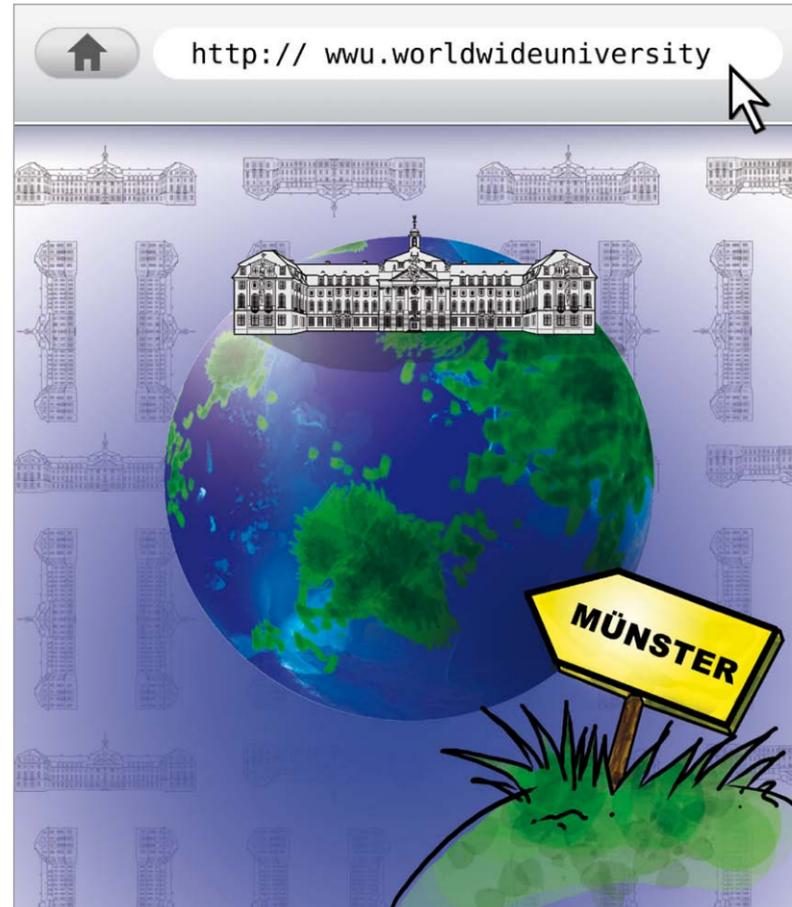
Bildrätsel	35
Sudoku	35

**Psssssssssst!**  
**Ich verrat' Dir ein Geheimnis:**  
**Dienstag ist Studententag ...**  
**... und Karten kosten an der**  
**Abendkasse nur 5,- Euro!**



## Illustration zum Titelthema

von Friederike Krempin



## Oktober-Cartoon

von Ansgar Lorenz



## Fachschule besucht und dann kein BAföG? Das muss nicht sein!

von Wilhelm Achelpöehler, Fachanwalt für Verwaltungsrecht

Jahrelang haben die Ämter für Ausbildungsförderung Studierenden rechtswidrig Ausbildungsförderung verweigert. Das ergibt sich aus einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen. Betroffen sind solche Studierende, die einen ersten Berufsabschluss in einer mindestens 3-jährigen Ausbildung an einer Berufsfachschule oder in einer Berufsfachschulklasse erworben hatten. Nach § 7 Abs. 2 Nr. 5 BAföG können solche Studierenden Ausbildungsförderung für ihr Studium beanspruchen, wenn der Besuch dieser Fachschule eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt. Hier setzte das Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen mit einer Weisung an die Ämter für Ausbildungsförderung an: In der Vergangenheit reichte für den Besuch einer solchen Berufsfachschule regelmäßig ein Praktikum aus. Das Land Nordrhein-Westfalen hatte dann die Zugangsvoraussetzungen für den Besuch dieser Fachschulen erschwert. Grundsätzlich war für den Besuch dieser Schulen nunmehr eine abgeschlossene Berufsausbildung Voraussetzung. Das Ministerium wies die Ämter für Ausbildungsförderung deshalb an, keine Ausbildungsförderung für ein Studium zu gewähren. Von dem Erfordernis der abgeschlossenen Berufs-

ausbildung gab es jedoch Ausnahmen und auf diese Ausnahmeregelungen konnten sich die Studierenden in dem Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen berufen: Eine Ausbildung an einer Berufsfachschule setzt nur dann eine abgeschlossene Berufsausbildung voraus, wenn die abgeschlossene Berufsausbildung zwingend erforderlich ist. Kann sie durch andere Qualifikationen ersetzt werden, dann ist die Berufsausbildung nicht zwingende Voraussetzung für den Fachschulbesuch und die Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 Nr. 5 BAföG liegen vor, es muss Ausbildungsförderung für das Studium gewährt werden. Die Ämter für Ausbildungsförderung haben in allen Klageverfahren nunmehr den klagenden Studierenden Ausbildungsförderung gewährt. Es dürfte allerdings eine große Zahl von Studierenden geben, die in der Vergangenheit erfolglos einen Antrag gestellt haben oder nach einer entsprechenden Auskunft durch das Amt für Ausbildungsförderung von der Stellung eines Antrags abgesehen haben. Wer einen Antrag gestellt hat, sollte schnellmöglich eine Überprüfung des Ablehnungsbescheids beantragen. Wer noch keinen Antrag gestellt hat, sollte dies schleunigst nachholen.

**Titelthema der nächsten SSP-Ausgabe: Wahl zum 52. Studierendenparlament  
Wir freuen uns auf Eure Einsendungen! Redaktionsschluss: 22.10.2009**



Redaktion (v.l.n.r.): Ramona Weber, Christian Strippel, Malte Schönefeld, Astrid Gieselmann, Olivia Fuhrich (v.i.S.d.P.), Frank Gronenberg, Andreas Brockmann



Layout: Anne Breitenbach  
ssp.layout@uni-muenster.de  
Geschäftsführung: Philipp Fister  
ssp.ceo@uni-muenster.de

Redaktion und Anzeigenverwaltung:  
Schlossplatz 1  
48149 Münster  
semesterspiegel@googlemail.com

## Impressum

HerausgeberInnengremium:  
Meryen Özkan  
Achim Voß  
Christian Märkel  
Carla Burmann (stellvert. Vorsitzende)  
Sebastian Lanwer (Vorsitzender)  
ssp.hgg@uni-muenster.de

Druck: AStA-Druck  
Auflage: 3.000 Stk.

Redaktionsschluss SSP 384: 22.10.2009

Honorar:  
0,01 Euro für 4 Zeichen  
8 Euro für ein Foto  
15 Euro für eine Illustration  
10 Euro für ein Rätsel

# Mi Buenos Aires querido:

## Momentaufnahmen aus einer Stadt der Gegensätze

Text und Fotos von Sabrina Meyfeld

Halb sechs abends in einer U-Bahn-Station mitten in Buenos Aires. Ich stehe auf dem Steig in Fahrtrichtung Congreso de Tucumán und warte auf meine Bahn, die von den Argentinern liebevoll und stolz „subte“ (von subterráneo – Untergrund) genannt wird. Auch nach mehr als sechs Monaten in der 12-Millionen-Metropole fällt es mir schwer, mich an die stickige, schneidende Luft in den subte-Schächten zu gewöhnen. Der geringe Sauerstoffgehalt gepaart mit Menschenmassen, die sich, sobald die Bahn hält, ins Abteil zwängen als wäre es die letzte Möglichkeit vom Fleck zu kommen, kann durchaus anstrengend sein. Erst recht bei gefühlten 42 Grad.

Was für ein Chaos, denke ich, und schmunzle einmal mehr über den Namen ‚Buenos Aires‘, was soviel heißt wie „gute Lüfte“. Gleichzeitig überkommt mich eine Welle von Sentimentalität. Es ist mein letzter Tag hier; inmitten dieses Wahnsinns, der von den Einheimischen genau so, nämlich als ‚la locura‘, bezeichnet wird.

Während ich wenig später im Taxi Richtung Flughafen sitze, gelingt es mir nicht, die vergangenen Monate systematisch Revue passieren zu lassen. Ich verabschiede mich von den überfüllten Straßen, den bunten Bussen, dem Lärm und der Schwüle und bin so voller Eindrücke wie am ersten Tag.

Da ist die alte Bettlerin, die ich jeden Abend auf dem Heimweg neben den Bahnschienen in meinem Viertel antraf, in immer denselben Lumpen, immer ganz nah an ihr kleines Lagerfeuer gekauert. Immer schmutzig, rußig, ernst; aber niemals verbittert. Mein Obstverkäufer um die Ecke, der mir ab und zu Kirschen schenkte, wenn ich ihn schmolend ansah, weil er wieder einmal meinen Akzent imitierte. Das kleine Mädchen im Clownskostüm – der wohl traurigste Clown der Welt – das jeden Dienstag in der subte jonglierte, um so ein paar centavos zu verdienen. Die Gruppe von jungen ‚cartoneros‘ – also Müllsammlern und -trennern – die täglich für einen Hungerlohn



oben: Schmutziger Beton so weit das Auge reicht  
links: Junge „cartoneros“ beim Durchsuchen von Müllsäcken

ihren selbstgebauten und vollgeladenen Karren über den brüchigen Asphalt manövrierte. Und der Besitzer des kleinen Kiosks in meiner Straße, bei dem ich häufig hausgemachte empanadas kaufte, und der mir heute Morgen noch winkend hinterher gerufen hatte: „Qué vueltas pronto, hija!“ – Komm bald zurück, Tochter.

Ich denke an meine Vier-Kulturen-WG: An meinen argentinischen Mitbewohner, der früher auf den Straßenmärkten von Buenos Aires selbst gebastelten Schmuck verkaufte und heute als Therapeut arbeitet; an meine französische Mitbewohnerin, die ihre Marketing-Karriere in London schmiss, um in Argentinien eine Schauspielerausbildung zu machen und an meinen schweizerischen Mitbewohner, dem ich so gerne beim Saxophon spielen zuhörte. An unsere zahlreichen philosophischen Weinabende, in denen wir den Leistungsdruck und die Existenzängste junger Menschen in Europa und Lateinamerika verglichen und diskutierten.

### Staatliches Studium auf Argentinisch

Als wir an einem Universitätsgebäude vorbeikommen, erinnere ich mich an den Tag, an dem ich mir das erste Mal meine neue südamerikanische Lernstätte anschauen wollte und ein völlig desolat aussehendes, mit revolutionären Parolen bespritztes Gebäude vorfand, von dem ich nur schwer glauben konnte, dass es meine Fakultät darstellen sollte.

Alle Flure waren mit meterhohen politischen Plakaten und Zitaten tapeziert, so auch viele Seminarräume; in letzteren befand sich nichts außer einer Tafel (ohne Kreide) und einigen Stühlen. Kein Overheadprojektor, Beamer oder Laptop – dafür durfte man überall rauchen, auch während der Vorlesungen. Die „Bibliothek“ meines Fachbereichs bestand aus etwa 100 Büchern, die auf mehr oder weniger intakten Regalen ihren Platz fanden, durch eine nachträglich eingezogene Wand vom lauten Hauptflur getrennt. In den Toilettenräumen gab es weder Seife oder Papier noch intakte Schlösser. Wenn es überhaupt Kabinettüren gab.

An insgesamt vier oder fünf Tagen des Semesters waren alle meine Veranstaltungen ausgefallen. „Hay paro“, hieß es dann. Es wurde gestreikt.

Der Großteil der über 300.000 Studierenden der staatlichen Universität schien sich im Dauer-Streik zu befinden – für mehr Geld, bessere Bildung und angemessenere Bedingungen für Studenten und Dozenten. Verständlich, in Anbetracht der defizitären Ausstattung und des stark einsturzgefährdeten Fakultätsgebäudes, durch dessen Dach es einmal sogar regnete.

Und dennoch liebte ich es hier zu studieren, inmitten dieses kreativen, leidenschaftlichen und engagierten Durcheinanders, in dem ich einen Hauch von Revolution zu spüren meinte. Ich dachte an meine Seminare und Vorlesungen und an die argentinische Lehr- und Lernkultur, die mir

rechts: Casa Rosada – das Regierungsgebäude. Davor obdachlose Einwanderer  
unten: Stadt der Gegensätze – die Architektur im Zentrum



so gefiel. Es wird viel gefragt und kontrovers diskutiert, und obwohl viele Studenten abends um 21 Uhr bereits einen acht- bis zehnstündigen Arbeitstag hinter sich gebracht haben, werden auch die späten Veranstaltungen (die um Mitternacht enden) ständig durch interessierte Nachfragen unterbrochen. Es ist ein lebhafter „Austausch auf Augenhöhe“, der zwischen den Dozenten

Seminare und Lehren nicht nur Theorien, sondern vor allem kritisches, unabhängiges Denken. Aus Leidenschaft. Und der Reputation wegen – die Universidad de Buenos Aires hat nämlich, trotz der aus europäischer Sicht wohl eher katastrophalen Studienbedingungen, den Ruf, die beste Hochschule Südamerikas zu sein.

### Jenseits von Rindfleisch und Tango

Während meines insgesamt achtmonatigen Aufenthalts in Argentinien, habe ich sowohl die Hauptstadt als auch das Land generell immer wieder als Orte der Gegensätze erlebt.

Argentinien ist ein Land zwischen Gestern und Heute, zwischen Hauptstadt und Provinz, föderalistischen und zentralistischen Tendenzen. Ein Land zwischen Gletscher und Wüste, Hektik und Gelassenheit und mit einem großen Gefälle zwischen Arm und Reich. Ein Land zwischen architektonischen Repliken und echtem südamerikanischen Flair.

Ein Land, das von vielen Einflüssen und Krisen geprägt wurde und manchmal den Eindruck erweckt, dass es auf ewig das Land der Sehnsüchte und unerfüllten Träume bleiben wird. Ein Land auf der Identitätssuche.

„Buenos Aires spiegelt die Krise meines ganzen Landes wieder“ sagt der Taxifahrer zu mir, als ich versuche meine Faszination für das funktionierende Chaos in Worte zu fassen, „wir sind ein Teil Südamerikas und versuchen doch, uns europäisch zu geben.“ Er weist auf die Diskrepanz zwischen den Nobelvierteln – die von den Einheimischen gerne mit Paris oder London

verglichen werden – und den Nebengassen, in denen Kinder Mülltonnen nach etwas Essbarem durchwühlen. Auf die Tatsache, dass die ‚villas miseria‘ – die argentinischen Elendsviertel – am Rande der Stadt beständig wachsen, während im Zentrum immer mehr Anzugsträger mit einem Smartphone über die Straßen eilen. Darauf, dass die argentinischen Politiker vor allem fleißig Propaganda betreiben und gute Laune mimen, während in ihrem Land immer mehr Menschen immer weniger Geld haben.

„Das wird sich niemals ändern“, sagt er. „Das ist einfach Teil unserer Mentalität, das ist Argentinien. Wir streiken, gehen auf die Straße, kämpfen. Wir kritisieren, diskutieren, trauen niemandem! Gleichzeitig wird der Argentinier müde, sich gegen jede einzelne Regierung aufzulehnen – und in seiner Not selbst zum Betrüger. Es läuft so viel schief... Straftäter werden freigelassen bevor sie überhaupt eingesperrt wurden und warum? Weil es zu bürokratisch wäre, ihnen den Prozess zu machen. Und über was denkst du berichten die Tageszeitungen heute? Über die Demo gestern, an der Plaza de Mayo? Nein – über Maradonas neue Diät! Es ist auf jeder Titelseite. Wen interessiert das? Wann werden wir uns um die wichtigen Dinge kümmern? Es passieren Hunderte von Ungerechtigkeiten hier, jeden Tag – und jeder weiß es. Es ist verrückt! Aber so ist es eben.“

Ich lasse das Fenster herunter und atme tief ein. Ich werde das hier alles so vermissen. Es ist verrückt. Aber so ist es eben.



oben: Die sozialwissenschaftliche Fakultät – meine Lernstätte  
unten: Ich im Seminarraum. Im Hintergrund Che Guevara-Poster

und Studierenden stattfindet, dabei wird sich meistens ganz selbstverständlich geduldet. Schlechte Endlosreferate finden hier keinen Platz.

Von Eugenia, meiner Dozentin und Tutorin, wusste ich, dass die meisten Studenten durch ihre Vollzeitjobs etwa 10 Jahre für den Abschluss eines sozialwissenschaftlichen Studiums benötigen. Und auch, dass viele der Dozenten an der Universidad de Buenos Aires ehrenamtlich lehrten. Obwohl sie nicht bezahlt und von der Bevölkerung eher argwöhnisch betrachtet werden (da „Forschung nicht die Armen sättigt“), leiten die Wissenschaftler voller Motivation ihre

# Ich war wie Mogli...

Text und Fotos von Valeska Waldherr

Cees Noteboom hat mal gesagt: „Ich könnte nicht leben, wenn ich mich nicht von Zeit zu Zeit irgendwo völlig aus dem verschwinden lassen könnte, zu dem ich angeblich gehöre“.

So ging es mir aus gegebenem Anlass Mitte Dezember 2008: Nach sechs Monaten pendeln zwischen Münster und Essen, nach Dateneingabe und Statistik, nach endlosen Bib-Recherchen und gefühltem Zweitwohnsitz zwischen Betreuerzimmer und Prüfungsamt war das Ding, dass mit „Di“ beginnt und mit „plomarbeit“ endet endlich im Kasten.

Und ich musste raus. Ein glücklicher Zufall wollte es, dass das Eine-Welt-Netz NRW, der Dachverband für den developmentpolitischen Verein !Vamos e.V., für den ich seit Jahren arbeite, einen Rechercheauftrag im ecuadorianischen Regenwald zu vergeben hatte. Ich kenne das Land gut, nach dem Vordiplom hatte ich nahe der Hauptstadt Quito in einem Volontärsprojekt mitgearbeitet und hatte Anden, Küste und Regenwald bereist.

Regenwald. Da würde es nun wieder hingehen. Und klar, ich hatte eine Vorstellung – ungefähr: Ich erinnerte mich an sengende Hitze, an Mückenstiche und 98 Prozent Luftfeuchtigkeit. Ich weiß noch, wie anstrengend jede Bewegung werden konnte, wie unsicher jeder Schritt im Morast. Aber damit hatte ich nicht gerechnet: Ich sag nur: Du willst Dschungel- sie geben dir Dschungel!!!

Nach drei Dutzend Telefonaten und ebenso vielen unbeantworteten E-mails hatte ich mit José Dionicio Machoa, dem Präsidenten der Sarayacu im Südwesten Ecuadors einen einzigartigen Besuchstermin gefunden: Ich würde die traditionellen Feste des Quechua-Volkes miterleben, die mittlerweile nur noch alle vier Jahre stattfinden.

Als ich also mit acht Litern Trinkwasser, Keksen, Medikamenten und Insektenschutz im Gepäck

in der Erdölstadt Puyo erscheine, ist da die ganze Prominenz: Arte, Geo, sämtliche freiberufliche Journalisten und Fotografen wollen sich das Spektakel nicht entgehen lassen.

Und das beginnt bereits mit der Anreise: Von Quito aus sind es gute acht Stunden Busfahrt nach Puyo, hier werden wir in eine Art Reisebüro begleitet, in dem wir allerhand Fragen beantworten müssen. Die Sarayacu sind misstrauisch, sie haben schlechte Erfahrungen gemacht: Seit sie sich öffentlich gegen die Erdölförderung in ihrem Revier wehren, haben sie von Bedrohung über Erpressung und Militäreinsatz schon alles erlebt. Von Puyo aus ist es erstmal eine gute Autostunde bis zum Flussufer und von dort aus – je nach Wasserstand – vier bis sechs Stunden bis zur Indigenen-Comunidad. Sarayacu ist eine Gemeinde aus fünf Dörfern. Es liegt am Bobonaza-Fluss ein paar Stunden flussaufwärts der peruanischen Grenze. 1200 Menschen leben hier im Einklang mit der Natur. Sie alle sprechen Quechua – wie ihre Vorfahren vor hunderten von Jahren. Kinder und Jugendliche interviewen, so wie es mir aufgetragen wurde, ist also Essig: Spanisch wird erst in der Schule als Zweitsprache erworben. Überhaupt muss ich mich von so mancher Idee verabschieden: Jeden Morgen beginnen die Trommeln um fünf Uhr morgens, wenn es noch stockdunkel ist und sie hören bis 23 Uhr nicht auf, wenn alle sturztrunken in ihre Hängematten fallen. Deshalb ist es so gut wie unmöglich, einfach mal Urwaldgeräusche aufzunehmen – immerzu habe ich bellende Hunde, krähende Hähne, hustende und/oder schreiende Kinder und eben Trommeln mit auf Band. Dazu kommt, dass in diesen Tagen alles anders ist – von wegen „Alltagsdokumentation“: Die Vorbereitungen für die großen Festlichkeiten zu Ehren



der Natur und der Fruchtbarkeit begannen schon gute drei Wochen zuvor damit, dass alle jungen Männer mit Zelten, Rucksäcken und altertümlichen Schrotflinten zur Jagd aufbrachen. Geschossen und geangelt wurde so ziemlich alles: Affen, Frösche, Vögel und Piranhas wurden anschließend mit Salz eingerieben und in großen Körben mit Palmblättern bedeckt. Pökeln. Eine Methode, die in Friesland oder Norwegen sicher dazu beitragen kann, dass Fleisch und Fisch nicht verderben. Im Urwald so lala. Schlagartig wird mir bewusst, dass ich Vegetarierin bin.

Die Männer jagen also wochenlang den Festtagsschmaus zusammen. Und die Frauen? Erfüllen derweil zwei wichtige Aufgaben: Zum einen versorgen sie ihre Männer über Motorkanus kontinuierlich mit grünen Kochbananen, Schnaps und Munition. Außerdem widmen sie sich der Herstellung des traditionellen Festgetränks – der Chicha. Chicha. ALLE hatten mich davor gewarnt. ALLE. Dabei ist es völlig für die Katz, Dich davor zu warnen: Bist du dort, musst du Chicha trinken. Und Punkt. Eine Warnung kommt der vor dem Tod gleich: Sobald Du am Leben bist, wird er Dich ohnehin irgendwann einholen. Für Chicha wird Mais benötigt, wahlweise Maniok, die Wurzel einer großen Palme. Diese Grundsubstanz wird gekocht und dann kommt der Punkt, zu dem Katharina, die seit ein paar Wochen bei den Sarayacu lebt, als ich ankomme, sagt: „Das willst du gar nicht wissen!“ Will ich aber doch. Selber schuld: Etwa 40 (!!!) Frauen versammeln sich auf dem

ganz links: Ich mit Gugua, einer leckeren süßen Frucht aus dem Regenwald

unten links: Chicha (Maisbier)

unten Mitte: José Dionicio Machoa, der Präsident der Sarayacu wird von seiner Frau Jolanda bemalt

unten rechts: In Chicha baden...



Marktplatz, kauen Mais oder Yuca und spucken es anschließend in einen großen Kessel in ihrer Mitte. Und dann holen sie ihre Kinder dazu. „Ich kann mir beim besten Willen nicht erklären, wie jemand so viel Spucke generieren kann!“ sagt Katharina zu allem Überfluss noch. Kauender- und spuckenderweise wird das über Wochen so gemacht, die Kessel werden mit Palmblättern abgedichtet und fest verschlossen und die Masse fermentiert durch den Speichel. Und es entsteht – richtig – Alkohol. Und das nicht zu knapp. Ich schätze den Gehalt auf den von Wein, und das bei sengender Hitze, senkrechter Sonneneinstrahlung und Wegen, die gnadenlos schweißtreibend steil hinauf- und herabführen – ein einziger Traum! Wie so manches hier.

Nachts aufs Klo gehen heißt zum Beispiel: Taschenlampe auf den Kopf schnallen und ab in den Urwald. Dann, beim Häuschen angelangt rufe ich stets „Was gibt's, Freunde der Nacht?“ in die Dunkelheit, trete die Tür auf und leuchte die Bude aus. Dann rechts in die hintere Ecke gedrückt, langsam die Tür zugeschoben und geschaut, was da so wartet... Als ich einmal losgehe sagt Katharina beiläufig: „Da war vorhin ne Schlange im Klo...“ „Wie, ne Schlange? Groß oder was?“ „Nö, ganz klein aber nigut, glaub ich...“ ...

Morgens also in die Schuhe geschaut, BEVOR man seine Füße reinsteckt und NIE, NIE irgendwo festhalten, wenn man rutscht. Und

weils immer regnet ists auch immer matschig und rutschig. Aber: Überall auf der Rinde der Bäume wächst irgendwelcher Kram, in den man ganz und gar nicht reinfassen soll. So ein Pilz zum Beispiel, der voll giftig ist und ganz harmlos aussieht, wie ne Pustelblume. Die Leute haut's deshalb auch tierisch hin – die lassen sich tatsächlich stumpf fallen, während ich reflexartig nach jedem Scheiß greife, jedesmal. Das will gelernt, besser: abtrainiert werden...

Am ersten Abend begehe ich außerdem den Kardinalfehler Numero eins. Zu meiner Verteidigung muss ich sagen, dass das zumindest AUCH mit Katharina zu tun hat, die meint: „Mach langsam – lass erstmal alles auf dich wirken, trink was, fang erst morgen mit der Chicha an...“ Sie ist schon seit einer Woche und bereits zum zweiten Mal in ihrem Leben hier und sie „schockt fast gar nichts mehr“. Als Jolanda mir also am ersten Abend die Chicha-Schale vor die Nase hält, lehne ich ab. Ich kann gar nix tun, echt. Mein Mund sagt schon „Nein, danke“ als mein Hirn noch gar nicht angesprungen ist. Verdammt. Sofort tut es mir leid. Aber ich kann ja auch schlecht sagen: „Oder – doch, klar, natürlich, gib her!“... Ich ernte einen Haufen böser Blicke. Also richtig böse Blicke. Und obwohl am nächsten morgen die Nachbarin zu mir kommt und sagt „Mi hijo quiere casarse contigo“ – „Mein Sohn will Dich heiraten“, hab ich ab dem Moment das Gefühl, dass es mir den Arsch und überhaupt alles rettet, dass ich als Vamos-Gesandte hier bin.

Wenige Tage später spreche ich abends am Lagerfeuer mit einem Schamanen, der mir erzählt, was er schon so alles gezaubert hat:

Einmal ist zum Beispiel ein amerikanisches Pärchen extra aus den USA angereist, weil sie keine Kinder bekommen konnten. Er hat sie also „gereinigt“ (ich frage einfach nicht, wie) und einen Monat später war sie schwanger. Oder: Wenn eine Frau Schwierigkeiten bei der Geburt hat (was eindeutig ebenfalls unter die Kategorie „einziger Traum“ gehört...), dann rufen sie ihn. Und: Es hat noch nie länger als 10 Minuten gedauert, bis das Kind kam.

Wie dem auch sei: Es scheint, dass just die Zeit kommt, in der die Comunidad sich entscheiden muss, wie sie leben möchte: Schon jetzt ist ihre Realität ein irrwitziger Mix aus Stadtkleidung, altertümlichen Bräuchen und Rollenverteilungen, Jugendlichen, die in Puyo studieren und sich für Auslandsstipendien bewerben, einem kleinen Laden, der Seife, Klopapier und Lollis verkauft, die die ersten Kariesfälle in einer Indigenengemeinde verursachen, in der sich keiner die Zähne putzt (was die Sache mit der Chicha abermals unappetitlicher erscheinen lässt – by the way).

Andererseits leben hier 1200 Männer, Frauen und Kinder ihre eigene Vorstellung von Entwicklung. Sie machen Feuer mit Steinen und trinken das Wasser aus dem Fluss. Sie konstruieren zweistöckige Häuser aus Holz und Palmblättern und kommen ohne Fernseher aus. Sie setzen sich gegen die Ausbeutung der Bodenschätze und die Zerstörung der Umwelt zur Wehr und sind kerngesund: Lauter schöne Menschen mit dickem, glänzendem Haar, reiner Haut und leuchtenden Augen.

Die Zukunft wird zeigen, was aus Sarayacu wird. Spannend ist es allemal.

# Wir Lebensläufer

Pimp my Lebenslauf – das scheint ein beliebtes Motto für immer mehr Studierende zu sein, wenn sie mal wieder von Praktikum zu Praktikum, vom Auslandssemester zur Hiwi-Stelle zum Zusatz-Sprachkurs zum Rhetorik-Workshop sprinten. Aber macht dieser „Lebens-Lauf“, dieses Hetzen von einer CV-Verschönerungsmaßnahme zur nächsten wirklich Sinn? Elisabeth Schröder über Diktat des Lebenslaufs – und warum wir der Versuchung widerstehen sollten, uns ihm allzu bedingungslos zu unterwerfen. | Text und Illustration von Elisabeth Schröder

Der Lebenslauf ist heute – weit mehr als das bei früheren Generationen der Fall war – zu einer festen Größe im Denken und Handeln von jungen Erwachsenen und besonders von StudentInnen geworden. Bewegt man sich in Studienkreisen und kommt man mit dem einen oder der anderen ins Gespräch über die Stationen, die sie oder er in den letzten Jahren durchlaufen hat, so bekommt man immer öfter den Eindruck, dass es mittlerweile kaum einen Schritt im Leben junger Leute gibt, der nicht vorher bewusst auf seine Lebenslaufauglichkeit hin geprüft und zur Schaffung eines möglichst stimmigen Bewerberprofils unternommen worden ist: das Praktikum bei der namhaften Firma mit Asienkontakten nach der Schule, das Sinologiestudium mit BWL-Zertifikat, das Auslandssemester in China, das Ehrenamt im deutsch-chinesischen Freundschaftsverein... In manchen Fällen sind diese Maßnahmen zweifellos Zeichen echter Begeisterung für eine Sache und absoluter persönlicher Hingabe – nicht selten scheint es jedoch so, als würden sie nicht mehr in erster Linie um ihrer selbst willen oder für einen persönlichen „Mehrwert“, sondern vor allem wegen ihres „Lebenslauf-Wertes“, ihrer vermeintlich beeindruckenden Wirkung auf dem Papier ergriffen.

Aber was ist daran schlimm? Schließlich steht hinter dem wohlklingenden Eintrag im Lebenslauf immer noch eine tatsächlich gemachte Erfahrung (außer im Falle jener kleineren oder größeren „Lebenslauf-Schwindlereien“, die im Übrigen immer alltäglicher zu werden scheinen), und schließlich ist es doch praktisch und legitim, „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“ und beispielsweise mit der Erwähnung der – vermutlich ja durchaus als persönlich bereichernd empfundenen – ehrenamtlichen Arbeit in einer gemeinnützigen Organisation im Lebenslauf zugleich auch nützliche „Softskills“ für das Berufsleben nachzuweisen!?

Was an diesem Gedanken problematisch sein kann, erschließt sich vielleicht erst auf den

zweiten Blick: Es ist – um beim Beispiel des ehrenamtlichen Engagements zu bleiben – der Gedanke, dass es neben dem ganz konkreten Ziel der gemeinnützigen Arbeit (zum Beispiel, einem alten Menschen Bewegung zu verschaffen, indem man mit ihm spazieren geht oder ein Bewusstsein für den Klimaschutz zu fördern, indem man in der Fußgängerzone Infozettel verteilt) noch einen über sie hinausgehenden „Nutzwert“ für einen selbst geben muss. Es reicht eben nicht, diese Arbeit einfach zu machen, sondern sie muss auch noch einen übergeordneten Zweck erfüllen: ihre Bescheinigung auf dem Papier soll der eigenen beruflichen Profilierung dienen.

In eine ähnliche Richtung geht im Übrigen auch das in letzter Zeit so beliebte Sprechen vom „Networking“ als einem wichtigen Karriereinstrument: Der Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen wird hier über den „Primärzweck“ des sozialen Austauschs hinaus in den Kontext des beruflichen Aufstiegs gestellt. Die Frage ist dann nicht mehr in erster Linie, ob ich Person XY mag und mit ihr Zeit verbringen möchte, sondern ob und in welcher Form sie mir nützlich sein kann. Zugegeben: Dass menschliche Beziehungen und Nutzdenken zusammengehen können ist nichts Neues, und bis zu einem bestimmten Punkt liegt die Bildung von „Zweckgemeinschaften“ sicher in der menschlichen Natur. Aber stelle ich nicht doch etwas zu sehr den „Zweck“ vor die „Gemeinschaft“, wenn ich, wie es so mancher Karriere-Ratgeber vorschlägt, möglichst viele Kontakte sammle, um diese dann nur bei Bedarf zu aktivieren – oder eben auch nicht?

Doch zurück zum Lebenslauf. Es scheint fast so, als könnte dieses Wort zunehmend mit einer anderen als seiner gängigen Alltagsbedeutung verwendet werden: Als „Lebens-Lauf“, in dessen Rahmen wir Stationen „ablaufen“, „abarbeiten“ – immer schon mit dem fertigen,

idealen Lebenslauf vor Augen, der nur noch „erfüllt“ werden muss. Der Lebenslauf ist dann nicht mehr das, was dem tatsächlichen Leben und Erleben nachgeordnet ist, er ist nicht mehr die Niederschrift dessen, was man getan und wofür man sich entschieden hat, sondern er besteht vielmehr schon als Ideal und Schablone, bevor die tatsächlichen Handlungen überhaupt ausgeführt und die Entscheidungen getroffen werden. Im Extremfall kommt es so weit, dass dieser ideale Lebenslauf beginnt, uns unser Leben vorzuschreiben – und nicht anders herum durch unser Leben und Erleben erst geschrieben wird und dadurch quasi organisch „wächst“.

Fakt ist, dass durch die herrschenden Vorstellungen, wie eine überzeugende (Akademiker-)Vita auszusehen hat, die einzelnen Lebensläufe im Grunde immer austauschbarer werden. Abitur, Studium, Auslandssemester, verschiedene Praktika – immer selbstverständlicher werden diese Stationen als Teil des Curriculum Vitae (allerdings nur für die, die sie sich leisten können). Ob man allerdings während des Erasmus-Semesters eigentlich nur gesoffen oder im Praktikum zwei Monate lang nur kopiert hat – Faktoren, die den persönlichen „Mehrwert“ der jeweiligen Maßnahme negativ beeinflussen –, d. h. inwieweit man hier überhaupt etwas für die spätere Berufstätigkeit „mitgenommen“ hat, steht auf einem ganz anderen Blatt – definitiv nicht auf dem mit der Überschrift „Lebenslauf“.

Es fragt sich, inwieweit all diese schon mehr oder weniger obligatorisch gewordenen Lebenslauf-Bestandteile also tatsächlich einen Wert haben, der über das rein Repräsentative hinausgeht. Klar: der Schulabschluss, das Studium, das einem im besten Falle Spaß gemacht und Fähigkeiten vermittelt hat, das Praktikum, durch das man überhaupt erst herausgefunden hat, was man werden will – das sind tatsächlich Stationen mit unbestreitbarem persönlichem „Mehrwert“. Es geht hier vielmehr um das Prak-

tikum, das man nur gemacht hat, weil man dachte, man müsste es halt, oder das Auslandssemester, das man furchtbar fand und nur nicht abgebrochen hat, weil das „schlecht ausgesehen“ hätte usw., d. h. es geht um jene Schritte im Lebenslauf, die man nicht aus persönlicher Überzeugung, sondern pro forma getan hat, weil man dachte, dass das nun einmal dazugehört. Worin liegt der Wert dieser Maßnahmen?

Der Einwurf liegt nahe, dass man sich in Krisenzeiten wie den heutigen nicht immer nur nach den eigenen Wünschen und Überzeugungen richten kann, sondern sich wohl oder übel mit den Konventionen und Kriterien der Bewerberauswahl befassen und sich diese auch zumindest in Ansätzen zu eigen machen muss. Ein Einwand, der sehr verbreitet zu sein scheint in jener gegenwärtigen jungen Erwachsenengeneration, die in den Feuilletons und Studi-Magazinen gerne als die „pragmatische Generation“, „Generation ohne Ideale“ etc. bezeichnet wird. Denkt man in diese Richtung weiter, so stellt sich die Frage, ob das Praktikum, das zwar nicht wirklich „etwas gebracht“, nicht den eigenen Vorstellungen und Wünschen entsprochen hat, sich aber im Lebenslauf „schön anhört“ und einem daher gegebenenfalls zur gewünschten Stelle verhilft, nicht also doch einen ganz beachtlichen „Mehrwert“ hat?

Das Problem ist aber gerade, dass genau mit dieser Konstellation mittlerweile nicht mehr fest zu rechnen ist: Der „ideale“ Lebenslauf ist längst kein Garant mehr dafür, auch wirklich den Traumjob zu bekommen. Einerseits, weil die Traumjobs immer rarer werden, andererseits, weil es mittlerweile vielleicht doch schon wieder die weniger glatten Lebensläufe sind, die Menschen/Bewerber (ja, denn ein Bewerber ist immer zuerst einmal ein Mensch mit seiner



ganz persönlichen Geschichte) interessant machen. Möglicherweise ist es ja gerade derjenige Lebenslauf, in dem die viermonatige Orientierungsphase zwischen Zivildienst und Studium nicht verschwiegen wird, in der der vorübergehende Callcenter-Job klar beim Namen genannt wird, in dem ein abgebrochenes Studium auch als solches gekennzeichnet ist, der aus der mangelhaften CV-Masse heraussticht, weil er ehrlich ist und zeigt, dass diese Person auch zu den sich weniger „schön“ anhörenden Abschnitten und unbequemen Entscheidungen ihres Lebens steht?

Denn interessant wird es doch letztlich, wenn aus der Vita tatsächlich auch ein Leben abgelesen werden kann, ein „Lebens-Lauf“, der

vielleicht nicht immer ganz linear gewesen ist, in dem es auch unvorhergesehene oder ungewöhnliche Stationen gegeben hat – auch wenn dies nicht unbedingt unserer gängigen Vorstellung vom „Lebenslauf“ als Teil unserer Bewerbungsmappe entspricht.

Wie dem auch sei: Auf das Einreichen eines – auf welche Art auch immer – überzeugenden Lebenslaufs folgt im besten Falle die Einladung zum Vorstellungsgespräch. Und hier ist es dann ohnehin der Mensch in natura mit seinem spezifischen Auftreten, seiner durch die eigenen Erfahrungen geprägten Persönlichkeit, der im Mittelpunkt des Interesses steht, und nicht von ungefähr wird für gewöhnlich auch erst auf dieser Ebene der persönlichen Begegnung entschieden, ob man mit einem Menschen wirklich zusammenarbeiten möchte.

Keine Frage: Der Lebenslauf ist ein wichtiges Bewerbungsdokument und sollte mit Sorgfalt erstellt werden. Aber letztlich ist und bleibt ein Blatt Papier mit einer konkreten – und letztlich sehr begrenzten – Funktion. Ihn in Idealform zum Nonplusultra unserer Lebensplanung zu machen, macht wenig Sinn: Denn wenn wir uns nur darauf konzentrieren, unseren „Lebens-Lauf“ auf möglichst geradem Wege zurückzulegen und dabei möglichst viele Qualifikationsmaßnahmen in möglichst kurzer Zeit mitzunehmen, verpassen wir dabei womöglich die etwas abseits gelegenen, die wirklich spannenden Etappen des Weges – und das sind nun einmal oft gerade die, für die es im Papier-Lebenslauf ohnehin keine Rubrik gibt.

# Das „Who is Who“ der WWU

Gerade für die vielen Erstsemester dürfte es schwierig sein, sich auf Anrieb im großen Uni-Betrieb der WWU zurecht zu finden. Selbst Langzeitstudierende scheitern nicht selten an dem Versuch, sich einen Überblick über den Aufbau und die Organisation der Universität zu verschaffen. Deshalb zum Semesterstart eine kleine Orientierungshilfe: Die wichtigsten Gremien der WWU, ihre Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die Köpfe, die dahinter stecken. | von Christian Strippel




› **Prof. Dr. Ursula Nelles**  
*Rektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*

**Rektorat – Die Rektorin**

Schlossplatz 2  
D-48149 Münster  
Tel. +49 251 83-22210  
Fax +49 251 83-22125  
Rektorin@uni-muenster.de  
www.uni-muenster.de

**Das Rektorat** ist so etwas wie die Regierung der WWU. Es leitet die Universität und fällt alle Entscheidungen, für die in der Uni-Verfassung nicht andere Zuständigkeiten festgelegt sind. Vorsitzende des Rektorats ist seit Oktober 2006 die Juristin Prof. Dr. Ursula Nelles. Als Rektorin ist sie für die WWU das, was Bundeskanzlerin, Bundespräsident und Bundestagspräsident für Deutschland sind, nur in einer Person: Sie vertritt die Uni nach außen, übt das Hausrecht aus, bereitet die Sitzungen des Senats vor und führt dessen Beschlüsse aus.

Das „Regierungskabinett Nelles“ besteht aktuell aus einer Prorektorin und zwei Prorektoren, quasi die Minister der Uni mit jeweils eigenem Zuständigkeitsbereich. Gewählt wird das Rektorat vom Hochschulrat, der Senat muss der Wahl zustimmen. Außerdem gehört unter anderem auch noch der Kanzler dazu. Seine Bezeichnung verwirrt ein wenig, denn er ist vor allem Schatzmeister und Verwaltungschef der Universität Münster.

- ▶ **Prof. Dr. Stephan Ludwig:**  
Prorektor für Forschung, Personal und Internationales
- ▶ **Dr. Marianne Ravenstein:**  
Prorektorin für Lehre, Studienreform und studentische Angelegenheiten
- ▶ **Prof. Dr. Jörg Becker:**  
Prorektor für strategische Planung und Qualitätssicherung
- ▶ **Dr. Stefan Schwartze:** Kanzler
- ▶ **Sebastian Pähler:** Referent der Rektorin




› **Prof. Dr. Janbernd Oebbecke**  
*Vorsitzender des Senats der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*

**Senat – Vorsitz**

Universitätsstr. 14-16  
D-48143 Münster  
Tel. +49 251 83-21806  
Fax +49 251 83-21833  
oebbecke@uni-muenster.de  
www.uni-muenster.de

**Der Senat** kann als das Parlament der Universität bezeichnet werden. Er ist das durch die Senatswahlen demokratisch legitimierte Entscheidungsgremium, in dem die jeweiligen Gruppen der Universität vertreten sind. Der Senat ist für alle Angelegenheiten in Forschung, Kunst, Lehre und Studium zuständig. Stimmberechtigt sind zwölf HochschullehrerInnen, vier wissenschaftliche MitarbeiterInnen, vier Studierende und drei nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen an. Den aktuellen Vorsitz hat der Jurist Prof. Dr. iur. Janbernd Oebbecke inne. Der Senat bestätigt die Wahl des Rektorats durch den Hochschulrat und hat ein Vorschlagsrecht für die Ernennung des Kanzlers. Um Senats-Beschlüsse vorzubereiten und das Rektorat zu beraten, werden Ständige Kommissionen gebildet, deren Zusammensetzung in der Regel der des Senats entspricht.

- ▶ **ProfessorInnen:**  
Prof. Dres. Klaus Backhaus, Karin Böllert, Ludger Figgner, Harald Fuchs, Klaus H. Hinrichs, Reinhard Hoeps, Georg Peters, Ulrich Pfister, Jörg Ritter, Norbert Sachser, Tomas Tomasek
- ▶ **Wissenschaftliche MitarbeiterInnen:**  
Dres. Thomas Bauer, Dietmar Lammers, Bernhard Marschall, Rosemarie Tüpker
- ▶ **Studierende:**  
Cornelia Jäger, Michael Konstantin Hauß, André Schnepfer, Katja Oppelt
- ▶ **Weitere MitarbeiterInnen:**  
Annette Diekmann, Barbara Koob, Annette Wöstenkötter




› **Prof. Dr. Reinhard Kurth**  
*Vorsitzender des Hochschulrates der WWU Münster, ehem. Präsident des Berliner Robert-Koch-Instituts, ehem. Kommissarischer Leiter des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte in Bonn*

**Geschäftsstelle für den Hochschulrat**  
Schlossplatz 2  
D-48149 Münster  
Tel.: +49 251 83-22225  
elisabeth.bernemann@uni-muenster.de

**Das Hochschulrat** ist vergleichbar mit dem Aufsichtsrat eines Unternehmens: Er wählt, berät und beaufsichtigt das Rektorat, nimmt den Rechenschaftsbericht entgegen und entscheidet über den Hochschulentwicklungsplan. Seine Mitglieder sollen laut dem Hochschulfreiheitsgesetz von 2007 „in verantwortungsvollen Positionen in der Gesellschaft, insbesondere der Wissenschaft, Kultur oder Wirtschaft“ tätig sein oder gewesen sein. An der WWU besteht der Hochschulrat aus drei hochschulinternen und fünf externen Mitgliedern. Das Wissenschaftsministerium ernennt den Hochschulrat für fünf Jahre.

- ▶ **Dr. Johannes Georg Bednorz:**  
IBM-Forschungslabor Zürich, Physik-Nobelpreisträger
- ▶ **Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen:**  
Emeritus an der Rechtswissenschaftl. Fakultät und ehem. Rektor der WWU, ehem. Präsident der deutschen und europ. Hochschulrektorenkonferenz
- ▶ **Prof. Dr. Gerhard Erker:**  
Professor am Fachbereich Chemie und Pharmazie der WWU
- ▶ **Jürgen Kaube:**  
FAZ-Hochschulredakteur
- ▶ **Dr. Thomas Middelhoff:**  
Teilhaber bei Berger Lahnstein Middelhoff & Partner
- ▶ **Prof. Dr. Wulff Plinke:**  
Gründungsdekan der European School of Management and Technology, Professor für BWL an der HU Berlin
- ▶ **Prof. Dr. Barbara Stollberg-Rilinger:**  
Professorin für Geschichte an der WWU, Leibniz-Preisträgerin




› **Norbert Robers**  
*Leiter der Pressestelle und Pressereferent der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*

**Pressestelle**  
Schlossplatz 2  
D-48149 Münster  
Nordflügel, 3. Etage  
Tel.: +49 251 83-22232  
Fax: +49 251 83-22258  
pressestelle@uni-muenster.de




› **Priv.-Doz. Dr. Christiane Frantz**  
*Gleichstellungsbeauftragte der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*

**Gleichstellungsbeauftragte**  
Georgskommende 26  
48143 Münster  
Tel.: +49 251 83-29708  
Fax: +49 251 83-29700  
gleichstellungsbeauftragte@uni-muenster.de




› **Johanna Biederbeck**  
*Präsidentin des Studierendenparlamentes*

**Studierendenparlament Präsidium**  
Schlossplatz 1  
D-48149 Münster  
stupa@uni-muenster.de  
www.stupa.ms




› **Jochen Hesping**  
*Vorsitzender des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster*

**ASTA – Vorsitz**  
ASTA-Häuschen, Schlossplatz 1  
D-48149 Münster  
Tel.: +49 251 83-22285  
asta.vorsitz@uni-muenster.de  
astamuenster.wordpress.com

**Der ASTA** ist die Vertretung der Studierenden an der Universität, im Grunde also eine Art studentische Gewerkschaft. ASTA ist die Abkürzung für Allgemeiner Studierenden-Ausschuss. Er wird als Exekutivorgan für ein Jahr vom Studierendenparlament (StuPa), dem obersten Beschlussorgan der Studierendenschaft gewählt, das wiederum jährlich von allen Studierenden gewählt wird.

Zu den Aufgaben des ASTA zählen die Wahrnehmung hochschulpolitischer, fachlicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Belange der Studierenden. Er führt die Beschlüsse des StuPa aus, vertritt die Studierendenschaft inner- und außerhalb der Universität und nimmt die Verwaltungsgeschäfte wahr. Aktueller Vorsitzender ist seit Mai 2009 Jochen Hesping. Laut ASTA-Homepage muss er sich „um alles kümmern, was anfällt“.

Außerdem vertritt er den ASTA rechtlich sowie in der Öffentlichkeit. Ausländische Studierende organisieren sich in einer gesonderten Studierendenvertretung (ASV).

- ▶ **Referate:**  
Finanzen; Öffentlichkeit; Hochschulpolitik; Sozialpolitik; Ökologie, Mobilität und Nachhaltigkeit; Politische Bildung; Frieden und Internationalismus; IT und Datenschutz; Kultur; Beschwerdestelle
- ▶ **Autonome Referate:**  
Frauen; Lesben; Schwule; Behinderte und chronisch Kranke; Finanziell und kulturell benachteiligte Studierende; Fachschaften; Sport

# Durchs ganze Land zum Pauschalpreis

## NRW-SemesterTicket nun auch an der Uni Münster

von Andreas Brockmann



Zu den Pionieren des NRW-SemesterTickets kann sich die Uni Münster sicher nicht zählen: Was in den großen Universitätsstädten des Landes Dortmund, Düsseldorf und Köln schon längst eine Selbstverständlichkeit ist, kommt nun auch nach Münster: das landesweite NRW-SemesterTicket gilt ab diesem Wintersemester an der WWU.

Doch kann ich nun weiterhin bis über das Land NRW hinaus mit dem Zug fahren? Was wird mich das Ticket in Zukunft kosten und wie lange wird es dieses Ticket überhaupt geben? Der SSP gibt Antworten zu Fragen zum neuen NRW-SemesterTicket.

### Gilt das neue Ticket ausschließlich für das Land NRW?

Nein. Das neue NRW-SemesterTicket ist eine Erweiterung des bestehenden Vertrages des AStAs mit den Stadtwerken Münsters und der Deutschen Bahn. Das heißt, dass zu dem bereits bestehenden Einzugsgebiet über das Land NRW hinaus (wie etwa Enschede und Osnabrück) nun auch das gesamte Land Nordrhein-Westfalen mit den Zügen (2. Klasse) und Bussen bereit werden kann, und nicht, wie bislang, nur im Süden des Landes bis Schwerte und im Norden bis Osnabrück. Es können also weiterhin wie gewohnt alle Busse und Bahnen des regulären Einzugsgebietes genutzt werden plus alle Busse und Bahnen innerhalb Nordrhein-Westfalens.

Alle weiteren Regelungen (Mitnahme einer weiteren Person bzw. Fahrrad werktags ab 19 Uhr und am Wochenende / an Feiertagen ganztägig in Stadtbussen Münsters) bleiben ebenfalls weiterhin bestehen.

### Was kostet mich das neue NRW-SemesterTicket?

Zum Wintersemester 2009 / 2010 hat jeder eingeschriebene Student an der Uni Münster alleine für die NRW-Erweiterung des bestehenden SemesterTickets zusätzlich 37,10 Euro bezahlt. Der Vertrag zwischen dem AStA der Uni Münster und DB Regio, VGM, VRR und VRS sieht einen Preisanstieg bis zum Wintersemester 2011/2012 auf 40,80 Euro vor – vorausgesetzt das NRW-SemesterTicket bleibt bis zum Wintersemester 2011/2012 an der Uni Münster eingeführt.

### Wer profitiert vom neuen NRW-Ticket?

Profiteure der NRW-Erweiterung werden Studierende sein, die Interesse daran haben, über den bisherigen Geltungsbereich des SemesterTickets innerhalb NRWs unterwegs zu sein. Das betrifft etwa Studierende, die im Rheinland oder Siegerland heimisch sind und am Wochenende nach Hause fahren wollen. Das betrifft aber auch Studierende, die (aus welchen Gründen auch immer) Interesse haben, das NRW-Ticket für Fahrten in die Metropolen des Landes zu nutzen.

Benachteiligt hingegen sind all die Studierende, die nicht aus NRW kommen. Sie müssen nicht nur ihre Heimfahrten weiterhin selbst finanzieren, sondern subventionieren durch ihr Geld die

Heim-, Studien- und Freizeitfahrten derjenigen Studierenden mit, die nur innerhalb NRWs unterwegs sind.

### Ich benötige das NRW-SemesterTicket gar nicht. Kann ich es zurück erstatten?

Eine Rückerstattung des gesamten SemesterTickets ist in Ausnahmefällen möglich. Die erforderlichen Kriterien sowie das Formular zur Rückerstattung finden sich auf der Homepage des AStAs der Uni Münster (<http://astamuenster.wordpress.com/2009/06/09/semesterticket/>). Die ausschließliche Rückerstattung der NRW-Erweiterung ist nicht möglich. Denn nur, wenn alle Studierende einer Hochschule ein entsprechendes Ticket bezahlen, kann es überhaupt vergünstigt angeboten werden. Dabei rechnet sich das Ticket für den Wochenendheimfahrer sehr bald, während der in Münster wohnende Student möglicherweise zuzahlt.

### Wie lange wird es das NRW-SemesterTicket an der Uni Münster geben?

Das NRW-SemesterTicket wird es nun mindestens zwei Semester geben, danach wird neu verhandelt. Die Mindestlaufzeit des Vertrages zwischen dem AStA und den zuständigen Verkehrsbetrieben ist bis zum Ende des Sommersemesters 2010 (30.09.2010) vereinbart.

# Revolte gegen die Islamische Republik

## Ankündigung einer Abendveranstaltung zum Iran am 6. November 2009

von Sebastian Frolik und Irena Pietrzyk

Im Jahr 1994 legte die Iranerin Homa Darabi aus Protest gegen die Islamische Republik Hand an sich. Shahla Shafiq schrieb über diesen Selbstmord: „Im Grunde müssen wir solche Selbstmorde als Gerichtsprozesse betrachten, in denen die Anderen und die Gesellschaft verurteilt werden.“

Sie, die „Anderen“, werden verurteilt angesichts ihrer an den Tag gelegten Indifferenz oder gar ihrer Unterstützung eines Regimes, welches nach innen den stärksten Terror ausübt, nach außen mit dem Atomprogramm eine der derzeit größten Bedrohungen darstellt. Diese internationale Indifferenz ist in den letzten Wochen für einen kurzen Moment gebrochen worden, als der Protest gegen den Wahlbetrug im Iran in den flüchtigen Blickpunkt des medialen Interesses gerückt ist.

### Struktur und Praxis der Islamischen Republik

Dass gerade im Iran Individuen den verzweifelten Weg des politischen Selbstmords wählen, einer Revolte in der absoluten Resignation, ist kein Zufall. Die Islamische Republik entstellt durch Folter das Leben ihrer Staatsbürger oder löscht es gar aus. Die Öffentlichmachung ihrer Taten ist nicht zuletzt eine Demonstration ihrer durch nichts gezügelten Machtausübung und ihres Willens, diese Macht zu erhalten.

Zu Todesopfern dieses islamischen Gesetzes zählen bereits zehnjährige Kinder sowie Frauen, die sich der Vergewaltigung durch einen Mann „schuldig gemacht“ haben sowie zahlreiche andere Personen, deren Einforderung von Menschenrechten und deren Lebensstil (beispielsweise Homosexualität) als nicht mit dem Islam übereinstimmend beurteilt wird.

Will man verstehen, welche Bedeutung diese Morde und Folterungen für die Stabilisierung des

Regimes einnehmen, muss ein Blick auf das politische System des Irans geworfen werden. Für den im Iran auffindbaren islamisch legitimierten Totalitarismus sind neben dem ideologischen Amalgam dem exil-iranischen Wissenschaftler Wahdat-Hagh zufolge das Führerprinzip, totalitäre Organe, Geheimpolizei und Terror, Massenmobilisierung durch Propaganda, eine geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen und ein Antisemitismus im Sinne eines eliminatorischen Antizionismus kennzeichnend. In welcher Beziehung die aufgezählten Charakteristika zu einander stehen, wie sich beispielsweise die Unterdrückung nach Innen und die Projektion eines Feindes nach Außen zueinander verhalten, kann mit Schlagworten nicht beantwortet werden. Eine Auseinandersetzung mit der Struktur und Praxis der Islamischen Republik soll daher ein Schwerpunkt der Abendveranstaltung sein.

### Widerstand gegen den Raub der Freiheit und die Rolle der Bundesrepublik

Die politischen Selbstmorde, die Kontinuität des Widerstandes in Form von Straßenpartys über Streiks bis hin zu bewaffneten Aktionen und die neuerlichen Proteste gegen den Wahlbetrug führen vor Augen, dass etliche Iraner und Iranerinnen sich seit Jahrzehnten auch unter Lebens-

gefahr zur Wehr setzen. War zwar der Wahlbetrug Initiationspunkt der letzten Proteste, kann trotzdem davon ausgegangen werden, dass etliche Demonstrierende in Fundamentalopposition zum Regime stehen. Welche heterogenen Positionen Oppositionelle einnehmen, wie sie sich organisieren (können) und welche Möglichkeiten zur Unterstützung des Widerstands uns gegeben sind, soll eine weitere Frage der Veranstaltung sein.

Eine Möglichkeit dieser Unterstützung könnte in der Einflussnahme auf die Außenpolitik der BRD liegen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Iran und Deutschland florieren, ohne dass dies als Stabilisierung des Regimes reflektiert würde. Misst man die Bundesregierung an ihren eigenen Maßstäben, irritiert dies: Die Sicherheit Israels wird durch dieses Vorgehen bedroht, während andererseits die Wahrung der Existenz des Staates Israel von Angela Merkel zur neuen Staatsräson erhoben wurde. Wirtschaftlicher Nutzen wird höher gewichtet als die rigorosesten Menschenrechtsverletzungen im Landesinneren, in einer Zeit, in der sogar Kriege zur angeblichen Sicherung von Menschenrechten salon- und parlamentsfähig sind. Die Rolle, die die Bundesrepublik zur Stärkung des Iran einnimmt, wird die dritte inhaltliche Ausrichtung der Abendveranstaltung sein.

► Die Abendveranstaltung findet am 6. November 2009 im Soziologie-Institut, Scharnhorststraße 121, Raum SCH5, statt. Für Vorträge und eine Podiumsdiskussion werden Stephan Grigat, Fathiyeh Naghibzadeh (angefragt) und VertreterInnen der UIJSPA (Unabhängige iranische Jugend, StudentInnen und politische AktivistInnen) erwartet. Begleitet wird die Abendveranstaltung von einer Fotoausstellung der UIJSPA zu „100 Jahre Widerstand im Iran“.

Aktuelle Informationen sind auf [asta.ms](http://asta.ms) abrufbar.

Die Veranstaltung wird organisiert von den Referaten für politische Bildung der AStAen der Uni und FH, dem Referat für Frieden und Internationalismus, den Gruppen Antifa Linke und et2c aus Münster und der UIJSPA aus Köln.

# Wem gehört die Bildung?

## Internationale Kommerzialisierung und Privatisierung von Bildung

Text und Foto von Irene Thesing

Studiengänge und Hochschulen werden nicht nur zunehmend international ausgerichtet, auch die Entwicklungen im Bildungssystem gehen in vielen Ländern in eine ähnliche Richtung: Bildungsdienstleistungen werden privatisiert und für Bildung muss gezahlt werden in Form von Studien- oder Schulgebühren.

Seit dem Abschließen der „General Agreement on Trade Services“ (GATS) Verträge wird auch der Bildungsbereich zunehmend für den freien Handel geöffnet, die Privatisierung von Bildungseinrichtungen wird international unterstützt. So bezeichnet beispielsweise die UNESCO den Sektor der privaten, höheren Bildung als den am schnellsten wachsenden Bildungssektor überhaupt. 30 Prozent aller höheren Bildungseinrichtungen sind privat betrieben, besonders in den ehemaligen Ostblock-Ländern, in Ostasien und Lateinamerika nimmt der Anteil der privaten Hochschulen zu.<sup>1</sup>

Im Folgenden möchte ich einige Beispiele aus verschiedenen Ländern für die Kommerzialisierung und Privatisierung der Bildung anführen:

### ► Deutschland

Die Liste an Beispielen für Kommerzialisierung und Privatisierungen im Hochschulwesen in Deutschland ist lang. Darunter fällt sicherlich die Wiedereinführung der Studiengebühren, aber auch das Hochschul-„freiheits“-gesetz in Nordrhein-Westfalen, welches die Umgestaltung von einer Gruppenuniversität zu einer wie Unternehmen geführten Hochschule fördert. Dabei wurden externe Aufsichtsräte mit Vertreterinnen und Vertretern auch aus der Wirtschaft, die Hochschulräte, eingeführt. Beraten bei der Erstellung des Gesetzes hat übrigens der Konzern Bertelsmann.<sup>2</sup> Die Universität in Frankfurt wurde gar zur Stiftungsuniversität ausgebaut, in der der Stiftungsrat die wichtigsten Entscheidungen treffen kann.

### ► Chile

In Chile stieg nach einer Reform, die den Eltern die Wahl zwischen einer öffentlichen und privaten Schule ermöglichte, der Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Privatschulen zwischen 1980 und 1996 von 15 Prozent auf 33 Prozent, obwohl beide Schultypen etwa gleiche Leistungen erbrachten. Allerdings fand eine Differenzierung in den Schulen nach sozialer Herkunft statt.<sup>3</sup>

### ► USA

In den USA sind die Kosten für einen Collegeabschluss insbesondere für ärmere Familien gestiegen, da sich die Studiengebühren zwischen 1990



und 2000 erhöht haben, die Finanzhilfen jedoch nicht stiegen. So müssen die meisten Studierenden ihr Studium über ein Darlehen finanzieren.<sup>4</sup>

### ► Griechenland

In der griechischen Verfassung ist festgeschrieben, dass nur der Staat Universitäten gründen darf. Diesen Artikel wollte die Regierung Anfang 2007 ändern, um Privatuniversitäten zu ermöglichen und die öffentlichen Universitäten in einen künstlichen Wettbewerb zu treiben.<sup>5</sup> Das öffentliche Schulsystem in Griechenland ist katastrophal. Schülerinnen und Schüler müssen Fremdsprachen meist im privaten Nachmittagsunterricht erlernen, weil die öffentlichen Schulen mit schlecht ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern einen guten und ausreichenden Unterricht in diesem Bereich nicht gewährleisten können. Durch diesen zusätzlichen Unterricht entstehen bis zu 6.000 Euro Kosten pro Kind pro Schuljahr, die privat getragen werden müssen.<sup>6</sup>

### ► Italien

In Italien wollte die Regierung unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi 2008 acht Milliarden Euro im Bildungssystem einsparen; statt Masse wollte man auf Leistung setzen und viele Lehrerinnen und Lehrer entlassen. Dazu sollen „Sonderklassen“ für Zuwandererinnen und Zuwanderer eingerichtet werden um eine „gezieltere Selektion“ zu erreichen.<sup>7</sup>

### ► Frankreich

In Frankreich wurde 2007 ebenfalls ein neues Gesetz beschlossen, welches den Hochschulen ermöglicht, Autonomie zu beantragen. Damit sollten die Hochschulen ihre Forschung vor allem aus privaten Mitteln bestreiten, der Universitätspräsident könnte zudem über Auswahl und Arbeitszeiten der Dozierenden und Forscherinnen und Forscher allein entscheiden. Auch hier

soll ein „externer Blickwinkel“ bei der Lenkung der Universitäten helfen.<sup>8</sup> Partnerschaften mit öffentlichen Körperschaften und privaten Anbietern werden gefördert.<sup>9</sup>

### ► Irland

Eine Firma in Irland (AIB) fordert Schülerinnen und Schüler auf, bei sich an der Schule eine Bank aufzubauen und bietet dafür ihre Hilfe an. Dabei werden verschiedenen Aufgaben wie Bank- oder Marketingmanager an die Schülerinnen und Schüler vergeben. Ziel soll sein, wirtschaftliche Fähigkeiten zu fördern. Praktisch führt diese Methode jedoch dazu, dass Schülerinnen und Schüler als unbezahlte Arbeitskräfte missbraucht werden um neue Kunden für die AIB zu gewinnen.<sup>10</sup>

In anderen Fällen versuchen Firmen Marketing über eine angebliche Spende von Sport oder IT-Equipment die Schülerinnen und Schüler als Kunden zu gewinnen. Dabei müssen die Kunden eine bestimmte Menge in Produkte investieren, dann erhält die Schule eine Spende. Letztendlich bezahlen also die Kunden für kostenlose Werbung der Firmen an Schulen.<sup>11</sup>

### ► Balkangebiet

In Serbien werden die Unterrichtsgebühren für die Kurse mit Einführung des Bologna-Prozesses immer weiter erhöht.<sup>12</sup> Auch in Kroatien und anderen Ländern im Balkangebiet wurden in den letzten Jahren die Studiengebühren erhöht.

### ► Auswirkungen

An vielen Beispielen sehen wir also, dass die Bildung weltweit privatisiert und kommerzialisiert wird, dies hat jedoch vor allem negative Auswirkungen.

Bildungseinrichtungen werden zunehmend in Konkurrenz zu privaten Anbietern gestellt. So wird der Wettbewerb unterschiedlicher Einrichtungen erzeugt. Dabei müssen sich die am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Einrichtungen unternehmerisch umstrukturieren, oder sie gehen unter. Dies führt nicht zu einer Verbesserung, sondern zur Verschlechterung der Qualität der Bildung, insbesondere für diejenigen, die von einem solchen System nicht profitieren.

Die Privatisierung von Bildungseinrichtungen führt dazu, dass privatwirtschaftliche Unternehmen mehr Einfluss auf die Bildung erhalten und Schülerinnen, Schüler, Studierende sowie Forschungsfragen und -ergebnisse beeinflussen können. Daneben fördert eine Privatisierung auch eine Kommerzialisierung der Bildung, da Unternehmen profitorientiert arbeiten und deshalb versuchen, ihre Dienstleistungen (also auch Bildungsangebote) gewinnbringend zu verkaufen.

Die Kommerzialisierung der Bildung führt dazu, dass Bildung als Ware wahrgenommen wird, die käuflich erworben werden kann und nicht jedem Menschen frei zugänglich ist, wie es in dem Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UN gefordert wird. Menschen aus ärmeren Familien werden beim Erwerb von Bildung systematisch benachteiligt, weil sie Kredite aufnehmen müssen oder sich Unterricht in besseren Privatschulen oder Nachhilfeunterricht nicht leisten können.

Demensprechend sollten wir keine Kommerzialisierung und Privatisierungsbestrebungen im Bildungssystem unwidersprochen hinnehmen. Protest kann erfolgreich sein – auch das sieht man in Ländern wie Frankreich oder Griechenland.

*Irene Thesing ist Mitglied in der hochschulpolitischen Liste „unabhängiges Fachschaffensforum“ (uFaFo)*

**PATRONE LEER?  
Tintenpatrone leer?**

**Wir füllen Sie Ihnen wieder auf!**

**Tintenf@ss**

**Tinte, Toner & mehr ...**

**Ludgeriplatz 8  
48151 Münster  
Tel. 0251- 5 38 98 14  
www.greenink.de**

- <http://www.universityworldnews.com/article.php?story=20090707152445674>
- <http://www.nachdenkseiten.de/?p=1806>
- [http://www1.dipf.de/publikationen/tibi/tibi14\\_weiss.pdf](http://www1.dipf.de/publikationen/tibi/tibi14_weiss.pdf)
- <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/Publik/debt.pdf>
- <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/583185/>  
<http://www.vsp-vernetz.de/soz-0704/0704102.htm>
- <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24629/1.html>
- <http://www.denk-doch-mal.de/node/165>
- <http://www.cafebabel.com/ger/article/28768/bologna-prozess-franzoesische-unis-im-ausverkauf.html>
- [http://www.diplomatie.gouv.fr/de/frankreich\\_3/frankreich-entdecken\\_244/bildung-forschung-und-innovation\\_2203/hochschule-forschung-und-innovation\\_253/hochschulen\\_5813.html](http://www.diplomatie.gouv.fr/de/frankreich_3/frankreich-entdecken_244/bildung-forschung-und-innovation_2203/hochschule-forschung-und-innovation_253/hochschulen_5813.html)
- <http://kingofthetravellers.com/content/call-students-boycott-aib-school-bank>
- <http://kingofthetravellers.com/content/against-commercialism-education>  
<http://kingofthetravellers.com/content/supervalu-kids-action-scheme-worthless>
- <http://www.emancipating-education-for-all.org/content/10-years-bologna-process-message-students-belgrade-serbia>

# Der Senat – eine Versammlung von autoritären Charakteren

von Kurt Stiegler

Es ist immer wieder erstaunlich, wie reformunfähig sich die Universität Münster zeigt. Selbst konstruktive und gut begründete Vorschläge haben im Senat der Universität keine Chance. Dies

zeigte sich bereits in der Debatte um Studiengebühren – sowie in der aktuellen Debatte um die Verbesserung der Studienbedingungen. Der AStA hatte im Zuge des Bildungsstreiks unter-

schiedliche Anträge für die Senatssitzung am 22. Juli 2009 formuliert, in denen die Abschaffung der Anwesenheitskontrolle, die Verringerung der Arbeitsbelastung sowie die Möglichkeit, einen Masterstudiengang auch im Sommersemester beginnen zu können, gefordert wurden. Auch eine erneute Diskussion um die Abschaffung von Studiengebühren wurde im Zuge dieser Anträge angeregt. All dies sind Reaktionen auf die Probleme, vor denen Studierende heutzutage stehen und die ein erfolgreiches Abschließen ihres Studiums unnötig verzögern oder unmöglich machen. Die Aufgabe der Universität und ihres Senats sollte eigentlich darin bestehen, solche Schwierigkeiten zu beheben.

Es ist eine Unverschämtheit, wenn ProfessorInnen und im besonderen der Senatsvorsitzende sich diesen Problemen nicht nur nicht annehmen möchten, sondern das Engagement der Allgemeinen Studierendenvertretung auch noch als unzumutbare Belästigung bezeichnen. Ein solches Verhalten reiht sich nahtlos in die Diskussion um Studiengebühren ein, in der sich die ProfessorInnen vollkommen desinteressiert und unempfindlich für die Argumente der Studierenden gegen Studiengebühren gezeigt haben. Der Senat zeigt durch dieses Verhalten, dass es sich hierbei um eine Versammlung von autoritären Charakteren handelt, die ihre Macht dazu ausnutzen, um eigene Interessen durchzusetzen und die Interessen der Studierenden andererseits zunehmend marginalisieren.

So hat der Senatsvorsitzende Janbernd Oebbecke ohne Widerspruch des Senats dem AStA gedroht, seine Anträge nicht mehr zu behandeln, wenn diese in Zukunft nicht nach seinem Dafürhalten konkreter formuliert seien.

Seitdem Herr Oebbecke Senatsvorsitzender ist, entscheidet er alleine darüber, wann ein Antrag „gut“ oder „schlecht“ ist. Wenn Anträge dem

Senatsvorsitzenden nicht in sein Konzept passen, sind diese selbstverständlich rechtswidrig oder ungenau formuliert. Das Signal der Debatte ist klar: Der Senat sieht es nicht als seine Aufgabe an, die Lage der Studierenden zu verbessern. Senat und Rektorat haben kein Recht, sich nach einem solchen Verhalten über Proteste aus der Studierendenschaft zu beschweren.

## *Teile und herrsche – Rolle der Studierendenvertretung und deren Dysfunktionalität*

Wie aber verhalten sich die VertreterInnen der Studierendenschaft innerhalb dieses Gremiums?

Mit dem oben beschriebenen Verhalten versuchen die ProfessorInnen immer wieder, die einzelnen studentischen InteressenvertreterInnen – die Fachschaften, die Gruppe der Studierenden im Senat und den AStA – gegeneinander auszuspielen. Mittlerweile dürfte deutlich geworden sein, dass Herr Oebbecke ein bestimmtes Verhalten honoriert, das möglichst dem autoritären Habitus der ProfessorInnen entgegenkommt und die bestehenden Verhältnisse konserviert.

Dies erklärt unter anderem das Verhalten von André Schnepfer, Gruppensprecher der Studierenden im Senat, der auf der Studierendenversammlung gegen eine generelle Anwesenheitskontrolle gestimmt hatte, sich im Senat bei einem gleichlautenden Antrag des AStA jedoch enthalten hat. So wurden die Anträge des AStA vom Senat – auch durch die StudierendenvertreterInnen – abgelehnt.

Der Druck, den die ProfessorInnen aufbauen, scheint also Früchte zu tragen. Dies erkennt man auch daran, dass der Gruppensprecher der ProfessorInnen, Georg Peters, in der letzten Sitzung des Senats meinte, man stimme ja gar nicht gegen alle Anträge der Studierenden. Zwei Anträge der Studierenden wurden we-

sentlich wohlwollender vom Senat behandelt als die des AStA. Die ProfessorInnen machen sich damit eine uralte Technik zu Eigen: Teile und herrsche.

Ähnlich verhält es sich mit der Verteilung von Studiengebühren: Ein Teil der Studierenden lehnt die Mitwirkung an der Verteilung von Studiengebühren ab, ein anderer Teil partizipiert aktiv an diesem Prozess. Die Universitätsleitung versucht nun konsequent den Teil zu fördern, der sich ihren Regeln gemäß beteiligt.

Weiterhin versucht das Rektorat verstärkt mit den Fachschaften zusammen zu arbeiten und den – aus ihrer Sicht – unkooperativen AStA links liegen zu lassen. Ein solches Vorgehen vergiftet massiv die Arbeit innerhalb der studentischen Gremien.

Alle Studierenden, die das gemeinsame Interesse nach einem gebührenfreien Studium, besseren Studienbedingungen und studierbaren Fächern teilen, sollten zusammenhalten und sich nicht gegeneinander ausspielen lassen!

## *Bologna Prozess – eine gescheiterte Reform und ihre Auswirkungen*

Es hat sich in der Vergangenheit oft gezeigt, dass die organisierte Verantwortungslosigkeit der ProfessorInnen mit opportunistischen Studierenden bestens aufrecht erhalten wird und jede Form von Kritik abgewehrt werden kann. Für die neuen Bachelorstudiengänge heißt dies, dass sie weiterhin unstudierbar bleiben werden. Dabei kann man sich durchaus die Frage stellen, warum ProfessorInnen in diesem Maße an einem „kranken“ System festhalten wollen, obwohl sie wissen, dass man es in einigen Punkten durchaus verbessern könnte. Aus Sicht der ProfessorInnen darf nicht sein, was nicht sein kann. Die Studierenden haben in allen Dis-

kussionen immer wieder darauf hingewiesen, dass sowohl die Arbeitsbelastung als auch die Festlegung auf Klausuren als Regelprüfungsform zu massiven Problemen bei der Organisation der Studiengänge führen wird. Dies wurde insbesondere in der Kommission für Lehre und studentische Angelegenheiten bei der Erarbeitung der BA-Rahmenordnung vorgebracht. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Studierenden recht behalten haben. Ein solches Ergebnis ist allerdings unvereinbar mit dem ständischen Selbstverständnis an der Hochschule, nach dem den ProfessorInnen die Definitionshoheit zusteht. Dieses Selbstverständnis führt zu unterkomplexen Wahrnehmungen der objektiv gegebenen Sachlage und ihrer Lösungsmöglichkeiten. (Für alle LeserInnen, die den vorangegangenen Satz nicht verstanden haben: Eine solche taktvolle Formulierung, die im Senat hin und wieder fällt, will in aller Kürze sagen: „Sie sind dumm.“)

Es ist aber auch so, dass eine ernsthafte Überarbeitung der neuen Studiengänge natürlich bedeuten würde, dass einige Lehrveranstaltungen aus dem Kanon der Studiengänge fallen würden. Unter den gegebenen Bedingungen der aktuellen Studienreform hat dies zur Folge, dass einige Fächer langfristig von der Hochschule verschwinden und nur verkürzt vermittelt werden. Diese Angst ist durchaus berechtigt. Es scheint bei genauerer Betrachtung ein Konflikt zwischen Studierbarkeit und Anspruch der Fächer auf wissenschaftlich hoch qualifizierte VertreterInnen ihrer Disziplinen in den reformierten Studiengängen zu bestehen. Es bleibt festzuhalten, dass die bestehenden Probleme nur von allen Beteiligten gemeinsam gelöst werden können. Wir müssen zusammen eine Lösung finden, die weder auf Kosten der Disziplinen und Fächer geht, noch auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen wird.



**Aster Reise Service**  
das Reisebüro  
für  
**Flüge weltweit zu Studententarifen**  
**Int. Student Identity Cards**  
**Last Minute Angebote**  
**Pauschalreisen**  
**Bausteinreisen**  
**Gruppenreisen**  
**Sprachreisen**  
**Aktivurlaub**  
**und ...**

Mit uns steht Euch die Welt offen!

✈ Hindenburgplatz 64-66 · 48143 Münster · Tel. (0251) 51 90 68  
✈ Mensa I · Aasee · 1. Etage ······ Tel. (0251) 539 58 00  
✈ Mensa II · Coesfelder Kreuz, Foyer ····· Tel. (0251) 857 08 08

**www.asterreiseservice.de · E-Mail: info@asterreiseservice.de**

# Internationale Institutionen an der WWU – ein Überblick

Du brauchst Informationen bezüglich eines Auslandsaufenthalts oder möchtest internationale Studierende kennenlernen? Du suchst nach einer Möglichkeit neben dem Studium selbst in einem internationalen Umfeld tätig zu werden? Oder das in der Theorie Gelernte in der Praxis zu erproben? Hier findest Du eine Auswahl der internationalen Institutionen der WWU die sich nicht nur auf einen Fachbereich beschränken, sondern fachübergreifend tätig sind. | von Sabrina Meyfeld

## ► AEGEE

AEGEE („Association des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe“) ist eine fächerübergreifende europäische Studierendenorganisation, die sich für die europäische Integration engagiert. Sie möchte den europäischen Gedanken auf lokaler Ebene umsetzen; Mitglieder erhalten die Möglichkeit, an verschiedenen Aktivitäten, wie Kongressen, Seminaren, Sprachkursen, Schulungen und internationalen Arbeitsgruppen teilzunehmen.

Kontakt: AEGEE Münster  
Universitätsstr. 14-16  
E-mail: info@aegee-muenster.org  
Web: www.aegee-muenster.org

## ► AIESEC

AIESEC („Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales“) ist mit über 23.000 Mitgliedern in mehr als 100 Ländern die größte internationale Studierendenorganisation weltweit. Sie sieht sich als Plattform, auf der Studierende ihre Potenziale entdecken und weiterentwickeln können. AIESEC hat es sich zum Ziel gemacht, verantwortungsbewusste junge Führungspersonalitäten auszubilden, die einen Beitrag zur positiven Gestaltung der Gesellschaften leisten möchten. Das soll vor allem durch die aktive Mitarbeit, ein internationales Praktikantenprogramm und die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftsrelevanten Themen geschehen. Ergänzend gibt es Workshops, nationale und internationale Konferenzen und Schulungen.

Kontakt: AIESEC Lokalkomitee Münster  
Universitätsstr. 14-16  
Tel.: 0251 - 83 23 080  
E-mail: muenster@aiesec.de  
Web: www.aiesec.org/germany/muenster

## ► IAESTE

Die IAESTE („International Association for the Exchange of Students for Technical Experience“) ist die größte internationale Praktikanten-Austauschorganisation für Studierende aus den Bereichen Architektur, Natur- und Ingenieurwissenschaften, Land- und Forstwirtschaft. IAESTE ist in mehr als 80 Ländern der Welt vertreten und auf internationaler Ebene mit Beraterstatus bei der UNESCO akkreditiert. IAESTE-Praktika sollen neben fachlichem Wissen vor allem soziale Schlüsselqualifikationen, interkulturelle Kompetenzen und Fremdsprachenkenntnisse vermitteln.

Kontakt: IAESTE Lokalkomitee Münster  
E-mail: iaste\_muenster@yahoo.de  
Web: www.iaste.de

## ► Akademisches Auslandsamt / International Office der WWU Münster

Das „International Office“ der WWU ist der zentrale Ansprechpartner für Fragen rund um die Möglichkeiten eines akademischen Auslandsaufenthaltes einschließlich verschiedener Förderungsmöglichkeiten. Neben zahlreichen Broschüren, gibt es gezielte Informationen zu unterschiedlichen Ländern und Hochschulkooperationen sowie die Möglichkeit, sich individuell hinsichtlich eines Auslandsstudiums oder Sprachkurses beraten zu lassen. Auch organisatorische Fragen nach Visabestimmungen, Versicherungsmöglichkeiten und der Studienplanung im Ausland können geklärt werden. Für den Bereich Auslandspraktika ist der Career Service (Leonardo-Campus 11) zuständig.

Kontakt: Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
– International Office –  
Leonardo Campus 11  
Tel. 0251 - 83 22 215  
E-mail: international.office@uni-muenster.de  
Web: www.uni-muenster.de/auslandsamt

## ► Internationales Zentrum „Die Brücke“

Die „Brücke“ sieht als internationales Zentrum der WWU ihre zentrale Aufgabe in der Integration internationaler Studierender und Doktoranden, um diesen ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen. Sie erfüllt wichtige Funktionen in den Bereichen Betreuung, Beratung und Kulturaustausch. Die Angebote der „Brücke“ umfassen eine soziale und allgemeine Beratung und Betreuung, allgemeine Hilfen bei Amtsgängen, Einführungstage und ein Tutorenprogramm für Studienanfänger. Weiterhin gibt es ein Sorgentelefon und verschiedene Projekte, die den Austausch der internationalen Studierenden mit ihren deutschen Kommilitonen fördern. Mit der „Connecta International“ organisiert die „Brücke“ jährlich eine Kontaktmesse für internationale Studierende, Doktoranden und Wissenschaftler aus allen Fachbereichen. Im angegliederten „Café Couleur“ gibt es täglich von 12-14 Uhr einen Mittagstisch mit Gerichten aus aller Welt und darüber hinaus häufig Veranstaltungen, Filmabende und Diskussionen. Deutsche Studierende mit Interesse an internationalem Flair und Kontakten sind herzlich eingeladen.

Kontakt: Internationales Zentrum „Die Brücke“  
Wilmergasse 2  
Tel.: 0251 – 83 22 229  
E-mail: diebruecke@uni-muenster.de  
Web: www.uni-muenster.de/diebruecke

International arbeitende Hochschulgruppen: z.B. amnesty international, ELSA („European Law Students' Association“), terre des femmes, Unicef, Gesellschaft für bedrohte Völker. – Weitere Informationen im Internet.

# Koreainstitut – ein bisschen Hanguk in Münster

Text und Fotos von Florian Daiber

Das Koreainstitut in Münster ist ein Privatinstitut in Münster, das sich zur Aufgabe gemacht hat, koreanische Sprache zu fördern und Möglichkeiten aufzuzeigen mit koreanischer Kultur auf vielfache Art und Weise in Verbindung zu treten. Umgekehrt vermittelt das Koreainstitut auch Koreanerinnen und Koreanern Angebote, um sich unter anderem in einem ihnen unbekanntem Kulturkreis zurecht zu finden. Deshalb gründete 2001 Mi Young Park den „Verein für Koreanische Kultur“ aus dem später das Koreainstitut hervorging. Dabei ging es der Promovendin, die seit ihrer Kindheit in Deutschland lebt, vor allem darum, einen Ort des Austausches im Hinblick auf die koreanische Geschichte, Kultur und Sprache zu schaffen und Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Nationalitäten zusammen zu bringen, die ein gemeinsames Interesse an Korea miteinander teilen.

Der Umzug in eine neue Stadt ist oftmals mit viel Neuem verbunden. Zieht man allerdings nicht nur in eine neue Stadt, sondern auch in ein fremdes Land, so kann der Anschluss an einen anderen Kulturkreis, in eine noch unbekanntere Umgebung erst einmal bedeuten, dass man sich kaum zurecht findet und die vielen neuen Eindrücke und Begegnungen schwer zuordnen und verarbeiten kann.

Viele Koreanerinnen und Koreaner, die begeistert und hochmotiviert nach Münster zum Studieren oder Forschen kommen, stellen oftmals sehr bald fest, dass die Realität ganz anders aussieht als erwartet. Auf Probleme, wie Behördengänge, Sprachbarrieren oder auch fehlenden Anschluss sind viele bei ihrer Ankunft in Deutschland nicht gefasst. Das Koreainstitut bietet hier die Möglichkeit der Vermittlung und des Austauschs für Koreanerinnen und Koreaner, indem beispielsweise Tandems oder Deutschkurse in kleinen Gruppen angeboten werden, in welchen auch allgemeine Fragen zum Lebenswandel in Münster gestellt werden können.



links: In traditioneller koreanischer Tracht (Hanbok) auf dem ASV-Sommerfest  
rechts: Fahrradtour des Koreainstituts zum Schloss Hülshoff

Aber auch umgekehrt suchen Studierende das Koreainstitut auf, die beispielsweise aufgrund eines anstehenden Auslandspraktikums in Korea gerne mehr über dieses Land erfahren oder die koreanische Sprache erlernen möchten.

So treffen sich Koreainteressierte an jedem vierten Freitag im Monat in der Brücke, um Vorträgen über Korea zu lauschen, tagesaktuelle Themen zu diskutieren oder – je nach Gesprächspartner – in koreanischer oder auch deutscher Sprache mehr über Korea zu erfahren. Dabei kann der ein oder andere auch mehr Informationen über die Eigenarten des koreanischen Kinos erhalten, das sich doch recht stark von Hollywood Popcorn-Kino unterscheidet. Und wer dann auch wirklich neugierig geworden ist, was sich hinter Filmtiteln wie „The Host“ oder „I'm a Cyborg, but that's OK“ verbirgt, kann sich noch im Dezember diesen Jahres während des Korea Filmfest ein Bild davon machen.

Neben Deutschkursen für Koreanerinnen und Koreaner, sowie Koreanisch als Fremdsprache, sowie Kursen zur Tuschkaligraphie und Kalligraphie der koreanischen Schriftzeichen (Hangeul: 한글) bietet das Koreainstitut – neben vielen anderen Veranstaltungsangeboten – auch Kochkurse für Interessierte an, die gerne einmal lernen möchten, wie man zum Beispiel Kimchi, das bei keinem koreanischen Essen fehlen darf, zubereitet. In der Zubereitung von Kimchi sind die Koreanerinnen und Koreaner doch recht kreativ und es gibt unterschiedliche Variationen, die sich

sowohl in der Zubereitungsweise als auch aufgrund verschiedener Zutaten stark voneinander unterscheiden. Was alle Kimchivariationen gemeinsam haben ist die traditionelle Herstellung, denn Kimchi wird – ähnlich wie Sauerkraut – in einem Tontopf eingelegt und gärt über einen längeren Zeitraum vor sich hin, bis sich der vollständige Geschmack entwickelt hat. All dies kann man in vom Koreainstitut angebotenen Kochkursen erlernen und dabei noch in den Genuss von unterschiedlichen Kimchiarten kommen. Es sei aber auch darauf hingewiesen, dass dem ein oder anderen es vielleicht am nächsten Tag merkwürdig erscheinen wird, wenn sich Kommilitoninnen und Kommilitonen in der Vorlesung an einen anderen Platz setzen und man irgendwann einmal dezent von einem guten Freund oder einer guten Freundin darauf hingewiesen wird, dass eine „leichte“ Knoblauchausdünstung Grund für die Vermeidung räumlicher Nähe anderer Studierender im Hörsaal sein könnte. Doch wer ein Mal Kimchi gegessen hat, wird – trotz viel Knoblauch und Schärfe – immer wieder gerne davon naschen.

Insgesamt bietet das Koreainstitut mit vielen weiteren Studien- und Kulturveranstaltungen eine Schnittstelle, um durch kulturellen Austausch Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zusammenzubringen. Wer Interesse daran hat, einmal mehr über Korea zu erfahren, kann sich gerne über die aktuellen Termine auf www.koreainstitut.de informieren.

# Sicherheitswahn im Abendland

von Kurt Stiegler

„Wer die Freiheit aufgibt  
um Sicherheit zu gewinnen,  
der wird am Ende beides verlieren.“  
*Benjamin Franklin*

Seit dem 11.09.2001 sind die Sicherheitsbehörden von einem nicht nachvollziehbaren Sicherheitswahn getrieben und handeln seitdem weitgehend willkürlich. Bürgerliche Grundrechte werden im Rahmen exekutiven Handelns außer Kraft gesetzt. Die Benimmregeln des Rechtsstaates, niemanden ohne Verdacht zu verfolgen, werden als obsolet betrachtet. Ausländer, die aus vermeintlichen „Gefährderstaaten“ stammen, werden ohne Rechtsgrundlage verfolgt. Folgende Chronik zeigt die schleichende Entdemokratisierung einer Zivilgesellschaft am Beispiel der vom Land NRW durchgeführten „Sicherheitsbefragung“.

**11.06.2007** – Laut Erlass des Innenministeriums NRW müssen sich alle Menschen aus einer Gruppe von 26 Herkunftsländern, zumeist islamischer Prägung, bei der Erteilung oder Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung einer Befragung unterziehen. Dieses Vorgehen wird von der NRW-Landesregierung mit der veränderten Sicherheitslage seit dem 11.09.2001 begründet.

**29.10.2007** – Laut eines Schreibens des Flüchtlingsrates an den NRW-Innenminister Wolf sind von dem Erlass „Personen aus bestimmten Herkunftstaaten betroffen, bei denen wohl ein Bezug zu terroristischen Bezügen unterstellt wird“. Der Rat kritisiert in diesem Schreiben die Einstufung des Erlasses „als Verschlussache“. Die „Geheimhaltung“ sei „nicht nachvollziehbar“. Die Unzugänglichmachung der Rechtsgrundlage stelle „eine unzulässige Behinderung der anwaltlichen Arbeit“ dar. Weiter kritisiert er, dass dieser Erlass „weder mit dem Aufenthaltsgesetz noch mit den internationalen Vorschriften über den Flüchtlingsschutz im Einklang steht“.

**28.11.2007** – Der Vorstand des Städtetages NRW spricht sich gegen die Sicherheitsbefragung aus.

**30.01.2008** – Das NRW-Innenministerium antwortet auf das Schreiben des Flüchtlingsrates und führt aus, dass der Erlass geheim bleiben

müsse, da er „einheitliche Verfahrensregeln“ beinhalte und „als Verschlussache eingestuft“ sei. Die Befragung sei gerechtfertigt durch § 54 Nr. 6 des Aufenthaltsgesetzes. Der Erlass bleibt damit weiter geheim.

**Mitte April 2008** – Die ausländische Studierendenvertretung der Uni Münster (ASV) beschwert sich im Rahmen eines Gesprächs mit der Brücke, dem Rektorat und der Stadt Münster über die Praxis, ausländische Studierende v.a. aus islamischen Ländern einer Sicherheitsbefragung zu unterziehen. Hier werden nicht nur Fakten erhoben, sondern auch Dinge erfragt, die auf politische Motivationen oder Einstellungen schließen lassen, ohne dass diesbezüglich ein Anfangsverdacht vorliegt.

**18.05.2008** – Der Freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs) wendet sich auf seiner Mitgliederversammlung in Potsdam gegen die rassistische Praxis eines verdachtsunabhängigen Gesinnungstests und weist darauf hin, dass dieser nach dem Urteil des BVerfG zur Rasterfahndung vom 04.04.2006 verfassungswidrig ist.

**24.05.2008** – Die Praxis der Sicherheitsbefragung wird durch einen Artikel in der Frankfurter Rundschau bundesweit öffentlich.

**12.06.2008** – Auf Anregung des Ausländerbeiratsvorsitzenden der Stadt Münster, Marinos, muss der Leiter der Sicherheitskonferenz NRW im Innenministerium, Muß, in öffentlicher Sitzung des Ausländerbeirates die vom Ministerium angeordnete Sicherheitsbefragung erläutern. Die Vertreter der Landesregierung müssen auf dieser Sitzung zugeben, dass die Befragung nicht der Terrorabwehr gilt, sondern vielmehr dazu dient herauszufinden, ob sich in Deutschland lebende Ausländer in „Problemstaaten“ aufgehalten haben. Findet man später heraus, dass sich diese tatsächlich in einem dieser Staaten aufgehalten haben, dann reicht dieser Umstand aus, diese Personen aus Deutschland auszuweisen.

**24.06.2008** – Mourad Qourtas reicht Klage

vor dem Verwaltungsgericht Münster gegen die Sicherheitsbefragung ein: „Ich fühle mich diskriminiert. Nur weil ich aus einem bestimmten Land komme, gelte ich offenbar als Sicherheitsrisiko“ (WN, 25.06.08).

**25.06.2008** – Der Senat der Uni Münster stimmt einem Antrag aus der Gruppe der Studierenden zu und wendet sich gegen die in NRW durchgeführte Sicherheitsbefragung. Er empfindet diese als schwere Belastung für Wissenschaft, Forschung und Lehre.

**27.06.2008** – Die Stadt Münster antwortet auf eine Bürgeranfrage der ASV-Vorsitzenden Popa. „Die Stadt will keinen Gesinnungstest“ titelt die MZ. Der Stadt liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob der Gesinnungstest zur Terrorabwehr geeignet ist. Die Stadt führt weiter aus, dass sie allein auf die Anweisung des Landes NRW handle und dafür Verständnis habe, dass sich MigrantInnen im Einzelfall durch die Befragung diskriminiert fühlen könnten. In Münster sind zu diesem Zeitpunkt bereits 450 Personen befragt worden.

**Anfang Juli 2008** – Die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender in Münster (GGUA) weist in ihrem Infobrief Nr. 7/2008 auf die „Kollateralschäden sicherheitsrechtlicher Befragungen“ hin. Bei dem Fragebogen handle es sich um ein Rechtsinstrument: Er soll Abschiebungen ermöglichen, für die es sonst keine rechtliche Handhabe gäbe. Hierzu muss dem Betroffenen nicht die Beteiligung an terroristischen Aktivitäten nachgewiesen werden, sondern es reicht aus, wenn bei der sicherheitsrechtlichen Befragung die Unwahrheit gesagt wurde.

**08.07.2008** – Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Düker zum Gesinnungstest. Die Landesregierung begründet diesen mit der aktuellen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch mögliche Terroranschläge. Sie sei im Übrigen durch das Schengener Abkommen zu einem solchen Vorgehen verpflichtet. Sie habe jedoch den Rechtsrahmen nicht geschaffen, sondern die

ehemalige rot-grüne Bundesregierung. Die Landesregierung konnte die Anzahl der Betroffenen mangels statistischen Materials nicht nennen.

**08.07.2008** – Der Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhlner aus Münster begründet in einem Brief an den AStA der Uni Münster seine Auffassung einer Rechtswidrigkeit. Auch er verweist auf das Urteil des BVerfG vom 04.04.2006. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass das Ausländergesetz entgegen der Auffassung der NRW-Regierung keine Grundlage für die verdachtsunabhängige Befragung von Ausländern bestimmter Herkunftsländer bietet. Für eine Befragung benötige man zumindest einen Anfangsverdacht.

**29.07.2008** – Der zuständige Dezernent der Stadt Münster, Thomas Paal, teilt in seiner Stellungnahme dem AStA der Universität mit, dass die Stadt Münster nach rechtlicher Prüfung in Bezug auf die Qourtas-Klage doch davon ausgehen muß, dass der Test rechtmäßig sei. Diese Auffassung verwundert in keiner Weise, denn die Stadt Münster handelt in diesem Fall im Auftrag und nach Weisung des NRW-Innenministeriums.

**01.08.2008** – Die münsterische Uni-Rektorin Nelles bekräftigt in einem Deutschlandfunk-Interview ihr Unverständnis und fragt sich „ob das auf rationaler Grundlage beruht, dass man meint, mit solchen Befragungen, solchen flächendeckenden Befragungen terroristische Anschläge verhindern zu können, das halte ich für fragwürdig, denn die Sammelwut, was Daten angeht über die Gesamtbevölkerung, ist ja in den letzten Jahrzehnten unentwegt gestiegen. Und dass der eine oder andere Anschlag verhindert werden konnte, mag auf allerlei, aber nicht unbedingt auf flächendeckender Befragung beruhen“.

**08.08.2008** – Der AStA und die ASV fordern die Landesregierung auf, den Gesinnungstest wieder abzuschaffen und alle vorhandenen Daten zu löschen.

**27.08.2008** – Antwort der Landesregierung auf die Beschwerde des AStA. Diese teilt mit, dass die Sicherheitsbefragung in zehn Bundesländern zur Anwendung käme. Im Übrigen führe sie die Sicherheitsbefragung in Anlehnung an die Verfahren des Schengener Abkommens durch, wonach Menschen aus „Gefährderstaaten“ bei der Einreise überprüft werden müssen.

**02.09.2008** – Antwort auf die kleine Anfrage der Linkspartei im Bundestag. Die Bundesregierung weiß nicht, wie viele Bundesländer eine Sicherheitsbefragung durchführen. Sie bestätigt allerdings, dass die Befragung in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Landesregierungen liegt. Sogar Kinder werden „gemäß ihres Entwicklungsstandes“ einer Befragung unterzogen. (BT 16/101186)

**17.10.2008** – Die Kampagne „Don't discriminate – Gesinnungstests abschaffen“ wird vom AStA und der ASV ins Leben gerufen. Unterstützung gibt es von Seiten des DGB NRW, des Flüchtlingsrates NRW, der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler MigrantInnenvertretungen NRW und vielen anderen Organisationen.

**24.10.2008** – Das Landes-ASten-Treffen (LAT) beschließt eine Resolution gegen den Gesinnungstest und unterstützt die Kampagne „Don't discriminate“.

**05.11.2008** – Kurt Stiegler bittet das Innenministerium um die Veröffentlichung des Erlasses. Dies wird mit der Begründung abgelehnt, man könne es nicht zulassen, dass bestimmte Informationen an die Betroffenen weitergereicht würden. Bestimmte Informationen würden von der Landesregierung als geheim eingestuft. Der Test verfehle seine Wirkung, wenn die Betroffenen sich im Voraus auf die zu beantwortenden Fragen vorbereiten könnten. In dem Erlass sind terrorverdächtige Staaten und Organisationen genannt. Hierbei handelt es sich offensichtlich um Informationen, die nach dem Willen der Landesregierung nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Dieser Auffassung stimmt die Landesdatenschutzbeauftragte in ihrem Schreiben vom 27.04.2009 zu.

**11.12.2008** – Der Innenausschuss des Landes NRW behandelt die Resolution des LAT. NRW-Innenminister Ingo Wolf erklärt hier, man müsse prüfen, ob die Sicherheitsbefragung lediglich in nichtöffentlicher Sitzung thematisiert werden könne, da der Erlass nur für den Dienstgebrauch bestimmt sei. Die Landesregierung will sich immer noch nicht daran erinnern, wieviele Menschen bereits in den Genuss der Befragung gekommen sind.

**23.02.2009** – Durch die Antwort auf eine weitere kleine Anfrage der Linkspartei im Bundestag wird deutlich, wie viele Menschen 2008 bundesweit befragt worden sind. Es sind 30.114 Personen.

**21.04.2009** – Der NRW-Landtagsabgeordnete Sagel kritisiert insb. die Frage 20 des Tests. Hier wird gefragt, ob die MigrantInnen künftig mit den deutschen Geheimdiensten zusammenarbeiten wollen. Für deutsche Staatsbürger ist die Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten strafbar. Dies gilt sicherlich auch für die diesbezügliche Rechtslage in den Herkunftsländern der Betroffenen. Da nutzt es wenig, wenn das NRW-Innenministerium behauptet, diese Zusammenarbeit sei freiwillig. In den weiteren Ausführungen der Landesregierung weiß diese plötzlich auch, wie viele Menschen sich im Jahr 2008 der Sicherheitsüberprüfung unterziehen mussten. Allein in NRW mussten sich 13.374 Personen dem Gesinnungstest unterziehen. Im Übrigen ist die Landesregierung nicht der Auffassung, dass die Befragung gemäß des Urteils des BVerfG rechtswidrig sei, da der „Personenkreis sachgerecht eingegrenzt“ worden sei. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Landesregierung NRW gegen den gesamten befragten Personenkreis einen konkreten Verdacht hegen würde.

**30.04.2009** – In geheimer Sitzung des Innenausschusses kann die Landesregierung nicht nachweisen, dass sie mit Hilfe des Erlasses sog. „Terrorverdächtige“ aufgespürt hat.

Der Gesinnungstest ist ein Instrument des präventiven Sicherheitsstaates und der Versuch, verdachtsunabhängige Kontrollen in der Bevölkerung durchzusetzen. Auch der Umstand, dass man heute seine Fingerabdrücke für den Reisepass hinterlegen muss, geht mit diesem Sicherheitswahn einher. Früher waren es Menschen, die im Verdacht standen, ein Verbrechen begangen zu haben, deren Fingerabdrücke überprüft wurden. Äußerst bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang auch, dass die Regierung ohne Kontrolle des Parlaments und der Öffentlichkeit derartige Maßnahmen beschließen und durchführen kann. Diese tragen weiter zu einer Stigmatisierung und Kriminalisierung bestimmter Gruppen von Menschen aufgrund von Herkunft und Religion bei.

# Fragebogen des Gesinnungstests

## B. Auskünfte

(Bitte Zutreffendes ankreuzen und ggf. Zusatzfragen beantworten – für weitere Angaben kann auch ein gesondertes Blatt verwendet werden)

- 1.1 Haben Sie sich in Deutschland jemals an politisch, ideologisch oder religiös motivierten Gewalttätigkeiten beteiligt oder dazu aufgerufen?
- nein
  - ja
- 1.1.1 Wenn ja: Wann und wo haben Sie sich daran beteiligt bzw. dazu aufgerufen?
- 1.1.2 Wenn ja: In welcher Weise haben Sie sich daran beteiligt bzw. dazu aufgerufen?
- 1.2 Haben Sie sich außerhalb Deutschlands jemals an politisch, ideologisch oder religiös motivierten Gewalttätigkeiten beteiligt oder dazu aufgerufen?
- nein
  - ja
- 1.2.1 Wenn ja: Wann und wo haben Sie sich daran beteiligt bzw. dazu aufgerufen?
- 1.2.2 Wenn ja: In welcher Weise haben Sie sich daran beteiligt bzw. dazu aufgerufen?
- 1.3 Wurden Sie wegen Ihrer politischen, ideologischen oder religiösen Einstellung jemals verfolgt?
- nein
  - Ja
- 1.3.1 Wenn ja: Nennen Sie ggf. die Organisationen oder Gruppierungen, in der Sie tätig waren und ihre Funktion darin
- 2.1 Sind Sie in einem anderen Staat wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen oder extremistischen Vereinigung, terroristischer Handlungen oder sonstigen Gewaltkriminalität verurteilt worden oder ist ein Verfahren wegen dieser Delikte gegen Sie anhängig?
- nein
  - Ja
- 2.1.1 Wenn ja: Wann bzw. seit wann, wo und ggf. wozu verurteilt?
- 3.1 Waren oder sind Sie Mitglied in einer in Teil E genannten Gruppe oder Organisation?
- nein
  - Ja
- 3.1.1 Wenn ja: In welcher Gruppe/ Organisation? Bitte ifd. Nr. aus Teil E eintragen:
- 3.1.2 Wenn ja: Zeitraum der Mitgliedschaft? (von – bis
- ) 3.1.3 Wenn ja: Welche Funktion haben oder hatten Sie ggfs.?
- 4.1 Hatten Sie jemals Kontakt zu einer in Teil E genannten Gruppe oder Organisaion?
- nein
  - Ja
- 4.1.1 Wenn ja: Zu welcher Gruppe/ Organisation? Bitte ifd. Nr. aus Teil E eintragen:
- 4.1.2 Wenn ja: Welcher Art war dieser Kontakt?
- 4.1.3 Wenn ja: Wann oder in welchem Zeitraum hatten Sie diesen Kontakt?

- 5.1 Haben Sie eine der in Teil E genannten Gruppe oder Organisation jemals unterstützt oder sind Sie für sie tätig geworden?
- nein
  - ja
- 5.1.1 Wenn ja: Welche Gruppe/Organisation? Bitte lfd. Nr. aus Teil E eintragen:
- 5.1.2 Wenn ja: Welcher Art waren diese Unterstützungshandlungen oder Tätigkeiten (z.B. Spenden)?
- 5.1.3 Wenn ja: Wann haben Sie diese Unterstützungshandlung bzw. Tätigkeit geleistet?
- 6.1 Hatten Sie jemals Kontakt zu einer Person, von der Sie wissen, dass sie einer in Teil E genannten Gruppe oder Organisation nahe stand, nahe steht oder angehört?
- nein
  - ja
- 6.1.1 Wenn ja: Zu welcher Person haben bzw. hatten Sie Kontakt?
- 6.1.2 Wenn ja: Um welche Gruppe/Organisation geht es? Bitte lfd. Nr. aus Teil E eintragen:
- 6.1.3 Wenn ja: Welcher Art ist/war dieser Kontakt?
- 6.1.4 Wenn ja: Seit wann oder in welchem Zeitraum haben hatten Sie diesen Kontakt?
- 7.1 Haben Sie jemals eine Person, von der Sie wissen, dass sie einer in Teil E genannten Gruppe oder Organisation nahe stand, nahe steht oder angehört, unterstützt oder sind Sie für sie tätig geworden?
- nein
  - ja
- 7.1.1 Wenn ja: Welche Person/-en haben Sie unterstützt bzw. für wen sind Sie tätig geworden?
- 7.1.2 Wenn ja: Um welche Gruppe/Organisation geht es? Bitte lfd. Nr. aus Teil E eintragen:
- 7.1.3 Wenn ja: Welcher Art waren diese Unterstützungshandlungen oder Tätigkeiten (z.B. Spenden)?
- 7.1.4 Wenn ja: Wann haben Sie diese Unterstützungshandlungen bzw. Tätigkeiten geleistet?
- 8.1 Wann sind Sie in die Bundesrepublik Deutschland eingereist?
- 8.2 Aus welchem Staat und auf welchem Weg sind Sie in die in die Bundesrepublik Deutschalnd eingereist?
- 8.3 Wo hatten Sie vor Ihrer Einreise Ihren letzten festen Wohnsitz?
- 9.1 Halten Sie sich seit Ihrer Einreise ununterbrochen im Bundesgebiet auf?
- nein
  - ja
- 9.1.1 Wenn nein: In welchen Staaten haben Sie sich während dieser Unterbrechungen aufgehalten? (anzugeben sind nur Auslandsaufenthalte in den letzten 10 Jahren)
- 9.1.2 Wenn nein: Wann und zu welchem Zweck haben Sie sich in diesen Staaten aufgehalten?

- 10.1 Haben Sie sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt, d.h. vor der bei Frage 8.1 angegebenen Einreise, in Deutschland aufgehalten (ggf. auch unter einem anderen Namen oder einer anderen Identität) ?
- nein
  - ja
- 10.1.1 Wenn ja: In welchem Zeitraum und zu welchem Zweck?
- 10.1.2 Wenn ja: Ggf. unter welchem anderen Namen bzw. welcher anderen Identität?
- 11.1 Sind Sie jemals aus Deutschland oder einem anderen Schengen-Staat\* ausgewiesen oder abgeschoben worden?
- nein
  - ja
- 11.1.1 Wenn ja: Aus welchem Staat?
- 11.1.2 Wenn ja: Wann und warum?

\*Schengen-Staaten sind neben Deutschland Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien.

- 12.1 Besitzen Sie eine weitere Staatsangehörigkeit?
- nein
  - ja
- 12.1.1 Wenn ja: Welche Staatsangehörigkeit(en)?
- 12.2 Besaßen Sie früher jemals eine andere Staatsangehörigkeit?
- nein
  - ja
- 12.2.1 Wenn ja: Welche Staatsangehörigkeit(en)?
- 13.1 Besitzen Sie Reisedokumente eines Staates, dessen Staatsangehöriger Sie nicht oder nicht mehr sind?
- nein
  - ja
- 13.1.1 Wenn ja: Welche Reisedokumente?
- 14.1 Haben sie sich schon einmal in einem der in Teil F genannten Staaten – Ihr Herkunftsstaat ausgenommen aufgehalten?
- nein
  - ja
- 14.1.1 Wenn ja: In welchem Staat/welchen Staaten?
- 14.1.2 Wenn ja: In welchem Zeitraum und zu welchem Zweck?

### Sicherheitsrechtliche Befragung der/des vom...

- 15.1 Haben Sie jemals gefälschte oder ungültige Papiere verwendet?
- nein
  - ja
- 15.1.1 Wenn ja: Wann und ggf. unter welchem Namen?
- 16.1 Waren Sie jemals in Forschungszentren oder anderen Einrichtungen in Deutschland oder im Ausland tätig, die mit der Entwicklung oder Erforschung von ABC-Waffen oder Kampfstoffen befasst sind?
- nein
  - ja

- 16.1.1 Wenn ja: Wann oder in welchem Zeitraum?
- 16.1.2 Wenn ja: Wo?

- 17.1 Haben Sie Militärdienst in Ihrem Heimatland oder in einem Drittstaat geleistet?
- nein
  - ja

- 17.1.1 Wenn ja: In welchem Zeitraum?
- 17.1.2 Wenn ja: Wo und bei welcher Einheit?

- 18.1 Haben Sie an einer Spezialausbildung (Gebrauch von Sprengstoffen oder Chemikalien, Kampfausbildung, Flugausbildung, Lizenz für Gefahrguttransporte usw.) teilgenommen?
- nein
  - ja

- 18.1.1 Wenn ja: Welche Ausbildung?
- 18.1.2 Wenn ja: Wo und in welchem Zeitraum?

- 19.1 Haben Sie je für einen Nachrichtendienst gearbeitet oder hatten Sie Kontakt zu einem Nachrichtendienst?
- nein
  - ja

- 19.1.1 Wenn ja: Welcher Nachrichtendienst?
- 19.1.2 Wenn ja: Wo und wann?

20. Die Beantwortung der folgenden Frage ist freigestellt: Möchten Sie unmittelbaren Kontakt mit den Sicherheitsbehörden (Polizeibehörden oder Verfassungsschutzbehörden von Bund und Land) aufnehmen?
- nein
  - ja
  - Keine Angaben

## C. Erklärung

Ich bin der deutschen Sprache

- mächtig und habe die Belehrung und die mir gestellten Fragen verstanden.
- nicht oder nicht ausreichend mächtig. Die Beziehung eines Dolmetschers war notwendig.

Ich bestätige,

- dass der Fragebogen sowie die Anlagen von mir eigenhändig wahrheitsgemäß ausgefüllt wurden.
- dass ich gegenüber der Dolmetscherin/dem Dolmetscher wahrheitsgemäße Angaben gemacht habe.

*Unterschrift*

*Erklärung der Dolmetscherin/des Dolmetschers:*

*Name, Vorname*

*Anschrift*

Die ordnungsgemäße Übersetzung der Belehrung, der Fragen und Antworten sowie der von mir nach Angaben der/des Befragten vorgenommene Eintragungen werden bestätigt

*Unterschrift Dolmetscherin/Dolmetscher*

Montagsfrage:

# Ist die Uni Münster eine internationale Hochschule?

Jetzt heißt es nicht mehr Magister oder Diplom, sondern Bachelor of Science oder Master of Education. Die alten Leistungspunkte wurden zugunsten von Credit-Points aufgelöst, und ein Semester Auslandsaufenthalt mit ERASMUS gehört heute zum guten Ton. Die Uni Münster stellt sich international dar. Oder doch nicht? Andreas und Philipp wollten es wissen und haben Studierende an der Uni Münster gefragt: Ist die Uni Münster eine internationale Hochschule? | von Andreas Brockmann | Fotos: Philipp Fister



► Jana (Anglistik), Jaenette (Germanistik)

Jana: Wir glauben, dass die Bachelor-/Masterstudiengänge nicht wirklich international ausgerichtet sind. Die Anrechnung von Creditpoints ist ja schon innerhalb Deutschlands sehr schwierig. Das ist dann im europäischen Ausland noch viel schwieriger zu gestalten. Münster möchte halt immer gerne international werden, weil es mittlerweile auch viele Seminare gibt, die bilingual ausgerichtet sind. Aber das gelingt nicht richtig. In Anglistik werden zum Beispiel viel zu wenig Angebote bereit gehalten, ins Ausland zu fahren. Das muss man dann meist auf eigene Kosten machen. Es werden zu wenige Stipendien und Gelder zur Verfügung gestellt, um jedem, der auch ins Ausland fahren will, das auch zu ermöglichen.

Jaenette: Ich bin selber im Ausland gewesen, ich habe Erasmus gemacht mit vielen anderen Erasmus-Studenten zusammen. Die haben auch alle ihre Creditpoints bekommen, aber das war doch letzten Endes unsinnig, weil sie die für Lau bekommen haben. Die Leistungen können einfach nicht verglichen werden. Ein Freund aus Wien etwa studiert Soziologie, der konnte sich keine Creditpoints in Krakau anrechnen lassen, weil es dort einfach kein Soziologie-Institut gibt.

► Claas (Informatik) und Thomas (Wirtschaftsinformatik)

Claas: Ja, ich bin der Ansicht, dass die Uni Münster international ist aufgrund der vielen Auslandssemester über Erasmus, die viele Münsteraner Studenten machen und auch aufgrund der selbstorganisierten Auslandsaufenthalte der Studenten. Das hat für mich aber nichts mit Bologna zu tun, im Gegenteil. Nach dem Bolognaprozess sind die Auslandsaufenthalte der Studenten, von dem was ich von meinen Kommilitonen mitbekomme, zurück gegangen.

Thomas: Da man den Diplom viel breiter studiert hat als den jetzigen Bachelor oder Master hatte man viel eher die Möglichkeit, im Ausland Anschluss zu finden und die Leistung aus dem anderen Land hier anerkennen zu lassen. Beim Bachelor muss das hingegen 100prozentig hier rein passen, da hat man keine Möglichkeit, sich irgendwo eine Uni auszusuchen, sondern meist nur die Partner-Unis, die ja nicht so breit gesät sind. Außerdem haben viele auch gar keine Zeit mehr während des Studiums ein Auslandsaufenthalt zu machen. Mit dem Bachelor ist das wesentlich schwieriger geworden.



► Alexander (VWL)

Vorwiegend sehe ich das an der Anpassung der Bachelor-/Masterstudiengänge. Natürlich sieht man das auch an Austauschprogrammen wie Erasmus. Ich hab selbst noch keine Auslandserfahrungen an der Uni.



► Johanna (Jura)



Ich habe den Eindruck, es gibt deutlich internationalere Unis als die Uni Münster. Ich sehe hier nur wenige Studenten aus dem Ausland. Als Jura-Student ins Ausland zu gehen ist eh sehr schwierig, da man sich nicht alles im Ausland anrechnen lassen kann. Eigentlich ist es überhaupt nicht international kompatibel, unser Studium. Ich komme mir nicht besonders international vor.

► Anne, Christina, Anne (alle Jura)

Anne: Ich finde schon, dass die Uni international ist. Ich wohne im Studentenwohnheim am Aasee, da sieht man täglich viele ausländische Studenten. Wir hatten im 1. Semester auch ganz viele Erasmus-Studenten in den Seminaren, viele aus China.



Christine: Ich weiß, dass wir im ersten Semester viele Erasmus-Studenten hatten, aus Paris und Estland. Im Jura-Studiengang gibt es auch „ELSA“, die Europäische Jura Studentenvereinigung. Dort werden Praktika und Auslandsaufenthalte für Jura-Studenten vermittelt, man kann an Konferenzen im Ausland teilnehmen etwa in Russland oder Italien.

Anne: Von uns gehen auch sehr viele Studenten ins Ausland oder waren schon im Ausland. Daran merkt man das schon. Bei unserem Studiengang gibt es auch viele Zusatzangebote, Französisch Spanisch und Englisch wird da angeboten.



► Hannah (Jura), Ela (Psychologie)

Hannah: Ich mache einen Zusatzstudiengang auf Englisch: Fachspezifische Fremdsprachenausbildung für Juristen. Dort muss man auch ein Auslandspraktikum machen. Dort geben dann etwa auch englischsprachige Professoren Seminare und Vorlesungen. Das ist der einzige Punkt, in dem ich sehe, dass die Uni international ist.

Ela: Ich denke nicht, dass die Uni Münster international ist. Ich hab vor kurzem im ZEIT Uniranking gelesen, dass Münster da sehr schlecht abgeschnitten hat, was die Möglichkeiten zum Auslandsaufenthalt betrifft.

► Friederike (Niederlande-Deutschland-Studien, Doppeldiplom)

Bei unserem Studiengang sind wir natürlich international ausgerichtet, wir haben ständig Leute aus den Niederlanden da oder fahren selber in das Nachbarland. Wir haben viele Seminare komplett auf niederländisch. Von den anderen Erasmus-Studenten sehen wir aber nicht so viele, das liegt einfach an unserem Studiengang. Insofern würde ich schon sagen, dass wir eine internationale Hochschule sind, da unser Studiengang einfach so international ausgerichtet ist.



► Frederic (BWL)



Ich denke schon, dass einem an der Uni Münster die Möglichkeiten geboten werden ins Ausland zu gehen, wenn man auch dazu motiviert ist. Aber ich hab das Gefühl, dass es nicht so viele ausländische Studierende hier an der Uni gibt. Es werden auch viel zu wenig englische Veranstaltungen angeboten, das ist schon eine Barriere für ausländische Studenten.

# Humanitäre Hilfe als menschliches Gesetz

Dr. Tankred Stöbe, Präsident der deutschen Sektion von Ärzte ohne Grenzen / Médecins sans Frontières, gibt Einblicke in die Arbeit der Organisation. Ein Gespräch über Fragen, Dilemmata und Herausforderungen im Bereich der humanitären Nothilfe. | von David Herr und Astrid Gieselmann | Foto: www.aerzte-ohne-grenzen.de

**Ärzte ohne Grenzen kennt fast Jeder in Deutschland. Woran könnte das liegen?**

Ein möglicher Grund ist, dass Ärzte ohne Grenzen neben dem Mandat, humanitäre Hilfe zu leisten, also für Menschen in Not da zu sein, sich auch zur Aufgabe machte, als Sprachrohr für diese Menschen zu dienen. Ein ganz kommunikatives Element also. Sicherlich hat aber auch die Tatsache, dass die Organisation 1999 den Friedensnobelpreis bekommen hat, zu Anerkennung geführt. Zudem sind wir in fast allen relevanten Konfliktregionen der Welt tätig. Wenn jemand gebraucht wird, der aus diesen Regionen Bericht erstatten kann, haben wir meistens einen Gesprächspartner anzubieten.

**In welchen Gebieten arbeitet MSF denn zur Zeit und anhand welcher Faktoren entscheiden Sie sich dafür, in einem Land aktiv zu werden?**

Zur Zeit haben wir Projekte in rund 60 Ländern der Welt. Unserer Entscheidungskriterium ist jeweils strikt medizinisch-humanitär. Wenn wir von einer Krisensituation erfahren, sei das eine Überschwemmung, ein Wirbelsturm, eine andere Art von Naturkatastrophe oder auch eine Flüchtlingskatastrophe, so schicken wir in der Regel ein Expertenteam hin. Dieses führt in kurzer Zeit eine Evaluation durch, um festzustellen, wie viele Menschen involviert und welche Erkrankungen relevant sind. Diese Informationen werden innerhalb weniger Stunden in die Zentrale geschickt. Dann werden die nötigen Utensilien in Flugzeuge geladen und weitere Mitarbeiter rekrutiert, sodass die Arbeit in der Krisenregion unverzüglich beginnen kann.

**Wie lange dauern diese Projekte dann?**

Bei Naturkatastrophen ist es in der Regel kurz, d.h. wenige Wochen bis Monate. Je chronischer

ein Konflikt ist, umso mehr kann sich auch die Dauer unseres Einsatzes verlängern – beispielsweise in der Zentralafrikanischen Republik, wo wir schon seit Jahrzehnten tätig sind. Da über 80% unserer Einnahmen von privaten Spendern kommen, sind wir unabhängig. Es gibt also keine Regierung, die uns vorschreiben kann, irgendwo hinzugehen oder eben nicht hinzugehen.

**Inwiefern findet vor einer Intervention eine Rückkopplung mit der jeweiligen Regierung statt? Das Rote Kreuz etwa wartet ja üblicherweise auf eine Erlaubnis.**

Das ist ein Unterschied zwischen Rotem Kreuz und MSF. MSF sieht keine Notwendigkeit, in jedem Fall die Erlaubnis einer Regierung einzuholen. In der Regel machen wir es, weil es natürlich Sinn macht, kooperativ zusammenzuarbeiten. Meist kommt es zu einem sogenannten Memorandum of Understanding, wo in einem Vertrag festgelegt wird, was wir machen und was nicht. Es gibt aber auch immer wieder Kontexte, in denen wir keine Erlaubnis bekommen – aber die Not so überwältigend ist, dass wir versuchen, dennoch dort tätig zu sein.

**Welche Projekte gibt es noch neben der ärztlichen Nothilfe vor Ort?**

Es gibt auch mittelfristige, so genannte vertikale Projekte, bei denen schwerpunktmäßig nur eine Erkrankung behandelt wird. Beispielsweise hatten wir im Gaza-Streifen, wo ich 2005 tätig war, vor allem psychosoziale Programme, weil zwar die somatische Medizin relativ gut abgedeckt war, aber die Menschen in einer Weise seelisch traumatisiert waren, wie ich das bis dahin nicht kannte. In Simbabwe haben wir Projekte, wo wir nur HIV/AIDS-Patienten behandeln. Problematisch in diesem Kontext sind natürlich Äußerungen der Kirche in Bezug auf Afrika, dass

keine Kondome verwendet werden sollten. Das ist für uns komplett unverständlich, wie das Oberhaupt einer Kirche eine solche Äußerung treffen kann, auf die Millionen von Menschen hören, die ihr Verhalten entsprechend umstellen. Viele Organisationen, die Jahrzehnte an diesem Thema arbeiten, Kondome verteilen und sicheren Geschlechtsverkehr propagieren, bekommen dadurch einen Schlag ins Gesicht, so dass tatsächlich Menschen auf Grund von solchen Äußerungen sterben.

**Inwiefern kann die Berichterstattung in den Medien Auswirkungen auf humanitäre Hilfe haben?**

Die Medien sind ein wichtiger Bote für die Menschen in Not. Das Medieninteresse korreliert aber oft nicht mit der humanitären Not vor Ort. In vielen Ländern, in denen wir schwerpunktmäßig tätig sind wie z.B. DR Kongo, Sudan und dem Tschad, ist es schwierig, öffentliches Interesse zu generieren, während dies in anderen Konflikten, die leichter zugänglich sind und in denen Menschen aus Deutschland schon Reiseerfahrung gesammelt haben, viel leichter ist.

**Da Sie sich hauptsächlich aus Spenden finanzieren: Ist Ihnen eine sensationsbezogene Berichterstattung der Medien dann zumindest als Katalysator lieb oder ärgern Sie sich mehr darüber, dass sie so asymmetrisch gegenüber den wirklichen Problemlagen ausfällt?**

Unser Anliegen ist, dass wir freie, zweckgebundene Spenden erhalten, um sie dort einzusetzen, wo die Not am größten ist. Es gab das Beispiel des Tsunami 2004/2005, wo es eine nie da gewesene Spendenbereitschaft gab, bei der wir nach wenigen Tagen den Eindruck hatten, genug zweckgebundene Spenden zu haben. Das haben wir auch öffentlich gesagt,

was zu einem Aufschrei bei anderen Organisationen geführt hat. Wir hatten aber den Eindruck, wir müssen hier ehrlich sein. Wir haben nicht gesagt „gebt uns kein Geld mehr“, sondern „gebt uns keine zweckgebundenen Spenden mehr“, denn diese verpflichten uns, nur an diesem Ort tätig zu sein.

**Wie funktioniert Ärzte ohne Grenzen eigentlich strukturell, wie werden solche Spannungen dann ausgeglichen? Welche Gremien gibt es, die am Ende exekutiv entscheiden müssen?**

Die innere Struktur der Organisation Ärzte ohne Grenzen ist relativ komplex. Es gibt 19 Sektionen, die in fünf so genannten operativen Zentren integriert sind, welche relativ autonom entscheiden können. Im so genannte Operational Center Amsterdam sind Holland, England, Kanada und Deutschland zusammengeschlossen. Weiterhin gibt es ein International Office in Genf und das International Council – das ist der Rat, in dem alle Präsidenten zweimal jährlich zusammenkommen, wo strategische Identitätsfragen und Konfliktfälle besprochen und entschieden werden.

**Und da geht's auch schon mal hoch her...**

Eine der spannenden Fragen ist, wie es mit dem Wachstum der Organisation weitergeht. Sollten wir in noch anderen Ländern präsent sein – auch als Organisation, nicht nur als helfender Akteur? Wie schaffen wir es trotz der Größe der Organisation weiterhin flexibel, schnell und effektiv reagieren zu können? Als ganz klar mitarbeiter- und mitgliederbasierte Organisation sind wir per se dezentral und demokratisch, aber eben auch manchmal langsam. Letztlich versuchen wir, Konsensentscheidungen zu finden, zumindest aber gute

Mehrheiten, die uns dann in der Zukunft leiten.

**Man unterscheidet Nothilfe von Entwicklungshilfe. Wo ist Ärzte ohne Grenzen einzuordnen?**

Eine wichtige Frage, weil das leider oft nicht genau unterschieden wird. Die Mehrzahl der Nichtregierungsorganisationen machen Entwicklungshilfe. Wir grenzen uns deutlich davon ab, machen also explizit keine Entwicklungshilfe, sondern humanitäre Nothilfe.

**Wie unterscheiden Sie das?**

Die humanitäre Hilfe arbeitet nach den Kriterien Neutralität, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und eben Humanität. Es geht darum, Leben zu retten, Todesraten abzusenken und in einem Konflikt nicht zu fragen, wer Schuld hat, sondern wer Hilfe braucht. Entwicklungshilfeorganisationen planen dagegen strategisch über einen langen Zeitraum. Sie haben ein politisches Mandat und müssen sich mit den Regierungen auseinandersetzen.

Die Frage ist, wo humanitäre Hilfe aufhört und wo Entwicklungshilfe anfängt. Oft ist der Übergang schwierig, sodass wir uns manchmal wünschen, es gäbe Organisationen, die genau dazwischen agieren. Dann, wenn die akute Krise zu Ende ist, aber Organisationen für längerfristige Entwicklungshilfe noch nicht einsatzbereit sind.

**Wo wäre das etwa sinnvoll?**

Ein gutes Beispiel ist der Südsudan, wo seit 2005 offiziell Frieden herrscht, wo wir aber wissen: am Tag unseres Abzugs würden die Todeszahlen enorm in die Höhe gehen, da sterben

► **Dr. Tankred Stöbe** zog es schon während seines Medizinstudiums unter anderem nach Kenia, Lesotho und Indien.



Seit sieben Jahren arbeitet er für Ärzte ohne Grenzen, seit 2007

als Vorstandsvorsitzender der deutschen Sektion.

Neben seiner Tätigkeit als Internist in einer Berliner Klinik führen ihn auch jetzt noch regelmäßig Projekte der Organisation ins Ausland.

die Menschen an Malaria oder anderen einfach behandelbaren Erkrankungen.

Das ist ein großes Dilemma. Es gibt im Südsudan keinen, der die Projekte übernehmen würde, aber sie zu schließen wäre unverantwortlich.

**Entsteht da manchmal nicht auch der Wunsch Probleme strukturell anzugehen?**

Die Liste an Dingen, die in diesen Ländern verbessert werden können, geht gegen unendlich. Das lässt sich nur aushalten, wenn man sich auf die Kernaufgabe konzentriert, nämlich jeden Tag die kränkesten Menschen zu erreichen und zu behandeln. Manchmal muss man da fast bewusst den Horizont enger fassen und eben nicht fragen, was mit diesen Menschen in fünf Jahren ist. Humanitäre Hilfe fragt nicht nach einer politischen Verbesserung oder nach einer gesundheitspolitischen Strategie für ein gesamtes Land. Da sehen wir ganz klar die Regierung, vor allem natürlich auch die Gesundheitsministerien gefordert, Sicherheit, Stabilität und eine Gesundheitsversorgung für die Menschen herzustellen. Da können wir immer nur der kleinere oder größere Tropfen auf den brennenden Stein sein.

**Inwiefern steht eine bestimmte Ethik hinter dieser Arbeit, dass man trotzdem der Tropfen auf den heißen Stein sein will?**

Der französische Philosoph Emmanuel Levinas schrieb: Das Leid des anderen, des mir direkten

Fortsetzung:

„Humanitäre Hilfe als menschliches Gesetz“ von David Herr und Astrid Gieselmann

Gegenüber, führt mich, verleitet mich, zwingt mich beinahe dazu, etwas für diesen Menschen zu tun. Und weil ich derjenige bin, der die Fähigkeiten hat, diesem Menschen zu helfen, liegt ein menschliches Gesetz darin, diesen nicht im Stich zu lassen. Das ist für mich ganz individuell eine Begründung für mein humanitäres Tun. Sicher wird das für jeden Menschen ein bisschen anders sein, eben so verschieden, wie die Menschen sind, die in einer Organisation für humanitäre Hilfe arbeiten.

#### Was war in Ihrer Zeit bei MSF für Sie persönlich das eindrucksvollste Erlebnis?

Es gab nicht ein einzelnes Erlebnis, von dem ich sagen würde „das hat viel mehr als alles andere geprägt“. Sehr eindrucksvoll war es, 2003 in Liberia in ein Land zu kommen, in dem ein Jahrzehntelanger blutiger, brutaler Bürgerkrieg gerade zu Ende ging und wo eigentlich gar nichts mehr funktionierte. Es gab keine Polizei, kein Militär, keine Krankenhäuser und jeder Mensch, der in der Hauptstadt Monrovia morgens aufstand, musste hoffen, dass er den Tag überlebt und genug zum Essen hat. Meine Aufgabe war es, dort ein Notfallkrankenhaus mit zu etablieren und die Mitarbeiter so zu schulen, dass sie auch mit akuten Notfällen umgehen können.

Sie haben vorhin Neutralität erwähnt. Es gab aber doch schon Einzelfälle, in denen MSF die Neutralität aufgegeben hat. Beispielsweise in Ruanda, wo sogar eine militärische Intervention gefordert wurde. Wann kommt es dazu?

Für uns ist das die allerletzte Möglichkeit, wenn wir mit unseren Mitteln nicht mehr weiterkommen. In Einzelfällen, und Ruanda ist vielleicht ein so krasses Beispiel, müssen wir sagen: hier ist mit humanitärer Hilfe nichts mehr zu erreichen, hier müssen militärische Lösungen gefunden werden. Aber auch die haben versagt,

einem der größten Disaster der neueren Zeit. In der Regel halten wir uns aber aus allen militärischen und politischen Forderungen heraus.

**Wenn sogar MSF schon einmal gefordert hat, militärisch tätig zu werden: Ärgern Sie sich gelegentlich über deutsche Politiker, die sich diesbezüglich sehr restriktiv äußern?**

Wir sind, und da unterscheiden wir uns sicherlich von einigen Parteien, keine explizit pazifistische Vereinigung, die jegliche militärische Intervention per se ablehnt. Gleichwohl sind wir in der Grundauffassung pazifistisch. Wichtig ist für uns, dass die Gründe für eine Intervention humanitäre und nicht politische sind.

In Afghanistan merken wir, wie unglaublich schwierig es ist, in einem Land zu arbeiten, in dem die Grenze zwischen humanitärem und politischem Mandat verwischt wird.

Eine Bundeswehr, die sagt „wir machen hier vor allem humanitäre Hilfe“, sehen wir als klare Bedrohung, weil die Menschen vor Ort nicht mehr unterscheiden können: Ist derjenige, der mir da hilft, ein Militär oder ein ziviler Helfer, wenn er vor allem beides macht? Wenn er erst in Kampfmontur auftritt und wenige Tage später sagt, er würde jetzt ein Krankenhaus bauen? Da muss die Politik, auch das Militär, ehrlicher sein und klarer abgrenzen, was sie tun und was nicht.

**Vor welchen aktuellen Herausforderungen steht MSF?**

Eine Herausforderung ist die Frage: Sind wir als Organisation in den relevantesten Kontexten tätig? Können wir dort sinnvolle humanitäre Hilfe leisten? Und da sehen wir, dass wir in manchen Bereichen nicht so präsent sind, wie wir es gerne wären. Das gilt im Moment für Afghanistan, Irak, aber auch für Länder, in denen wir schon lange tätig sind, wie in Somalia.

Und dann die Sicherheitsfrage: Können wir in Ländern arbeiten, wo die Sicherheitssituation so katastrophal ist, dass die Mitarbeiter immer um ihr Leben fürchten müssen?

Wir sehen, dass in den letzten zehn Jahren die Anzahl der Entführungen und auch Tötungen von Mitarbeitern zugenommen hat. Wir versuchen auf verschiedenen Ebenen das Mögliche zu tun – es gibt regelmäßige Briefings sowie Evakuationspläne. Letztendlich können wir aber nur sehr offen und transparent mit allen Mitarbeitern sein und sagen, welche Risiken wir kennen. Immer gibt es auch Risiken, die wir nicht kennen. In Afghanistan, wo 2004 fünf unserer Mitarbeiter erschossen wurden, waren wir seit über 20 Jahren tätig und anerkannt und dann passierte dieser brutale Anschlag. Das zeigt, dass es keine absolute Sicherheit gibt.

**Werden sich in der Zukunft neuartige Herausforderungen ergeben, mit denen sich die Arbeit der Organisation verändert?**

Eine Herausforderung, die ich sehe, ist die Klimaveränderung. Vielleicht wird dies eine Schwerpunktverlagerung bedeuten – weg von Kriegskonflikten und hin zu umweltbedingten Nöten, d.h. mehr Überschwemmungen, mehr Wirbelstürme, Tsunamis, aber auch Dürreperioden sowie Flüchtlingsströme.

Was sich nicht verändern wird, ist die Wertigkeit von Organisationen, die sich den humanitären Kriterien verschrieben haben. Wir sehen über die letzten bald vierzig Jahre, in denen es Ärzte ohne Grenzen gibt, dass diese Kriterien eine universelle Gültigkeit haben. Wir glauben, dass Neutralität und Unabhängigkeit heute in keiner Weise weniger relevant sind, als sie es bisher waren, und so glaube ich, werden sie es auch in den nächsten Jahrzehnten bleiben.

# Für eine Welt ohne Hunger und Armut

von Sabrina Meyfeld



Neun Jahre ist es her, dass die 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf dem Millenniumgipfel in New York versprochen, die Armut weltweit entscheidend zu verringern. Bis zum Jahre 2015. Um die Erfolge und Fortschritte in der Armutsbekämpfung messbar zu machen, haben die Staaten in der Millenniumklärung acht konkrete Ziele, sowie verschiedene Unterziele und Indikatoren festgelegt.

Als Referenzgröße das Jahr 1990 im Blick, soll der Anteil der Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, bis zum Jahr 2015 halbiert werden. Allen Kindern soll eine Grundschulausbildung ermöglicht werden, während die Geschlechterungleichheit auf sämtlichen Bildungsebenen beseitigt wird. Im Bereich Gesundheit soll die Sterblichkeitsrate von Kleinkindern um zwei Drittel gesenkt und die Versorgung der Mütter verbessert werden. Die Ausbreitung von HIV, Malaria und anderen schweren Krankheiten soll bis 2015 zum Stillstand gebracht werden. Die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes soll in der nationalen Politik aller Länder berücksichtigt werden. Letztendlich soll eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufgebaut werden. Während die Entwicklungsländer für die konkrete Umsetzung der Millenniumsziele selbst verantwortlich sind, haben sich die reichen Industrieländer verpflichtet, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu muss die finanzielle Unterstützung erhöht und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden; Umwelt- und Handelspolitik sollen gerechter, Schulden erlassen werden.

### Ambitionierte Ziele – und die Realität

Der gute Wille und eine Absichtserklärung allein reichen nicht aus, um etwas zu verändern. Das hat bereits die Vorgeschichte der Millenniumklärung gezeigt. Im Jahre 1970 verabschiedete die UNO eine Resolution zur Entwicklungsfinanzierung, in der die Industrieländer sich verpflichteten, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in Entwicklungshilfe zu investieren. Ohne großen Erfolg: Dreißeig Jahre später hatten lediglich die Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark und Luxemburg dieses Ziel erreicht.

#### ► STAND UP – Take Action!

Im Rahmen des weltweiten Aktionstages gegen Armut findet auch in Münster ein STAND UP, ein symbolisches Aufstehen gegen Armut und zur Erinnerung an die Millenniumsziele, statt.

**Wann?** 16. Oktober, ca. 11.40 – 12 Uhr

**Wo?** Auf dem Schlossplatz

**Was?** Verlesen der Millenniumsziele, symbolisches „Aufstehen“ um „5 vor 12“

**Wer?** Jeder, der ein Zeichen gegen Armut setzen möchte

**Weitere Infos zum Thema** findet ihr auf den Seiten der UN-Millenniumskampagne in Deutschland: [www.un-kampagne.de](http://www.un-kampagne.de)

Darauffin beschloss die Europäische Union im Mai 2005 die stufenweise Annäherung an die vereinbarten 0,7 Prozent: Bis 2010 sollten von jedem Land mindestens 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) in Entwicklungshilfe investiert werden, bis 2015 wurde eine weitere Steigerung auf 0,7 Prozent vereinbart. 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens eines jeden Staates – das ist die Quote, die nötig ist, um die Millenniumsziele zu erreichen.

Deutschland stellt derzeit 0,37 Prozent des BNE für Entwicklungshilfe bereit – und verfehlt damit als größte Wirtschaftskraft Europas dieses wichtige entwicklungspolitische Ziel. Eine beschämende Tatsache. Und im Zusammenhang mit der globalen Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise eine beängstigende, wenn man bedenkt, dass denen, die am wenigsten dafür können, nun noch weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Denn mit dem Schrumpfen der Weltwirtschaft nimmt auch die absolute Summe, die für Entwicklungshilfe vorgesehen ist, ab, da sie sich prozentual an den Nationaleinkommen orientiert.

Der im Juli von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon vorgestellte Millenniums-Entwicklungsbericht 2009 weist darauf hin, dass die prekäre wirtschaftliche Situation vieler Industrieländer sowie die steigenden Nahrungsmittelpreise die Fortschritte im Kampf gegen Armut und Hunger gefährden. Und bisherige positive Entwicklungen sogar umkehren könnten. Einerseits gibt es bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen: So konnte etwa der Anteil der Bevölkerung, der in Entwicklungsländern in extremer Armut leben muss, bis 2005 von der Hälfte auf ein Viertel gesenkt werden. Andererseits gibt Ban Ki-moon zu bedenken, dass der Fortschritt bei den meisten Zielen zu langsam sei, um sie bis 2015 zu erreichen. Im Vorwort mahnt er: „Wir müssen trotz des ungünstigen wirtschaftlichen Klimas die im Jahr 2000 gegebenen Versprechen einhalten. Die internationale Gemeinschaft darf die Armen und Schwachen nicht alleine lassen. Es ist höchste Zeit, um mehr für die Millenniums-Entwicklungsziele zu tun.“

Die Millenniumklärung bietet die Chance, die Ungleichheit zwischen den Völkern und Regionen unserer Welt drastisch zu vermindern. Noch nie hat es diesbezüglich einen Konsens zwischen so vielen Staaten gegeben. Es gibt auf der Welt genügend Ressourcen, finanzielle und technische Mittel, um den globalen Wohlstand gerecht zu verteilen. Das ist aber nur möglich, wenn die Industrieländer ihr Wort halten und das Vereinbarte trotz Wirtschaftskrise in dem zugesagten Umfang wahr machen.

Auch Deutschland muss den erforderlichen Maßnahmen höchste Priorität einräumen und aktiv werden. Entwicklungspolitik und die konkrete Umsetzung der Millenniumsziele haben in den Medien und auf den politischen Agenden der letzten Monate kaum Platz gefunden. Doch die Ziele setzen klare Vorgaben und die Zeit läuft. Ein Versprechen wurde gemacht. Die Möglichkeit, es nicht einzuhalten, darf es nicht geben.

<sup>1</sup> Das Referenzjahr ist bei allen Zielen das Jahr 1990. Die errungenen Fortschritte oder Entwicklungen werden also im Zeitraum von 1990 bis 2015 gemessen und verglichen.

# Antiziganistische Zustände –

## Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments

von Irena Pietrzyk

Obwohl Hunderttausende Menschen in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern und Ghettos ermordet wurden, weil sie als „Zigeuner“ definiert worden sind und aus keinem anderen Grund, und obwohl dieser Massenmord nicht das Werk einiger weniger kaltblütiger menschlicher ‚Bestien‘, sondern ein geplantes, organisiertes und industriell durchgeführtes Verbrechen war, welches von zahlreichen wissenschaftlichen, polizeilichen und zivilen deutschen Institutionen getragen wurde, hat es sich in Deutschland auch über 60 Jahre nach dem Völkermord im öffentlichen Bewusstsein nicht durchgesetzt, dass es ‚so etwas‘ wie eine spezifische Feindschaft gegenüber „Zigeunern“ überhaupt gab. Begriffe werden dann für etwas etabliert, wenn man den Sachverhalt für benennenswert hält. So ist es – angesichts der mangelnden historischen Auseinandersetzung – nicht verwunderlich, dass der Begriff „Antiziganismus“ vielerorts Fragezeichen hervorruft: Er bezeichnet die spezifische Feindschaft gegenüber „Zigeunern“. Das mangelnde Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit dieser spezifischen menschenverachtenden Ideologie und der damit auch einhergehenden (Nicht-)Benennung jener lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass antiziganistische Stereotype nach wie vor, teilweise institutionell kristallisiert, fortexistieren und so den wachen, klaren Blick auf die Vergangenheit und die Gegenwart verstellen. Eine Gegenwart, in der Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu der Minderheit der Roma immer wieder mit dem Tode bedroht werden. Dass antiziganistische Ressentiments weit verbreitet sind, zeigt der Selbstversuch: Schier jede Person kann auf Anhieb antiziganistische Vorstellungen über „Zigeuner“ abrufen; dieses häufig nicht im Bewusstsein dessen, dass es sich bei diesen zum Teil romantisierenden Ressentiments um Vorstellungen handelt, die losgelöst von der realen Personengruppe der Sinti und Roma existieren.

Damit sind auch bereits die Themenstränge des hier rezensierten Sammelbandes benannt: 1) Umgang mit dem NS-Völkermord an den Sinti und Roma in der Bundesrepublik, 2) antiziganistische Diskriminierung und antiziganistische Stereotype im Europa der Gegenwart und 3) der Versuch, Antiziganismus theoretisch zu fassen, unter anderem zu erklären, welche Funktion er in der bürgerlichen Gesellschaft erfüllt.

Die Herausgeber\_innen und Autor\_innen verfolgen mit diesem Buch ein ambitioniertes Projekt: Nicht wissenschaftlich kleine Lücken, sondern ein im akademischen und antirassistischem Diskurs existierendes Wurmloch – ein fast umfassendes Ausblenden des Antiziganismus in der historischen Forschung, der erinnerungspolitischen Repräsentation, den Diskussionen um Rassismus und anderen Diskursen – soll ein Stück weit geschlossen werden. Dabei werden die Autor\_innen, spürbar engagiert, von der Einsicht geleitet, dass diesen Lücken in der Forschung und politischen Debatten eine „scheinbar unverrückbare Dominanz antiziganistischer Zustände gegenüber steht“, die es notwendig macht, Antiziganismus „zu benennen, zu bekämpfen und zu überwinden“.

### Antiziganismus im Europa der Gegenwart

Bereits die Einleitung der Herausgeber\_innen „Virulenzen des Antiziganismus und Defizite in der Kritik“ führt vor Augen, warum die Auseinandersetzung mit antiziganistischen Denkmustern und Handlungsweisen nicht bloß ein intellektuelles Gedankenspiel ist, sondern eine zwingende, eilige Handlungsnotwendigkeit für die davon betroffenen Individuen beinhaltet: In Slowenien, Italien, Serbien, Tschechien und der Türkei wurden im letzten Jahrzehnt Roma aus grundbuchrechtlich eingetragenen Wohnungen vertrieben. In Tschechien wurden im Jahr 2005 Zwangssterilisierungen an Roma vorgenom-

men. Im österreichischen Oberwart wurden vier Männer aus einer Roma-Siedlung gezielt mit einer Rohrbombe angegriffen, ihre Körper wurden zerfetzt, als sie eine Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ entfernen wollten. Die „größte Katastrophe für Roma seit dem Holocaust“ spielte sich im Kosovo im Jahr 1994 vor den Augen der NATO ab: Die UCK und ihre Sympathisanten „säuberten“ das Kosovo „ethnisch“ von Roma; 100.000 Roma wurden mit dem Tode bedroht und aus dem Kosovo vertrieben (zu diesem Thema findet sich in dem Sammelband ein gesonderter Aufsatz; ebenfalls genauer wird auf die antiziganistische Stimmungsmache in Italien eingegangen). Einige dieser aus dem Kosovo vertriebenen Menschen leben – ein Hinweis, der sich aus nahe liegenden Gründen nicht in dem Buch findet – seitdem im Duldungsstatus in Münster. Ihre Aufenthaltsrechtliche Lage hat sich zum letzten Jahr hin verschlechtert; es steht zu befürchten, dass diese Menschen ab Ende dieses Jahres schrittweise in das Kosovo abgeschoben werden, wo sie erneut mit rigoroser Diskriminierung, bis hin zum Entzug jeglicher Lebensperspektiven zu rechnen haben. In diesem Kontext steht die Auseinandersetzung von Djvedet Berisa und Klaus Stempel über die strukturelle Verankerung rassistischer und antiziganistischer Deutungsmuster in der bundesdeutschen Ausländer- und Asylgesetzgebung in dem Sammelband.

Diese Omnipräsenz des Antiziganismus, auf die einige Schlaglichter geworfen wurden, haben auch EU-Institutionen zur Kenntnis genommen, indem festgehalten wurde, dass „die Roma die am meisten benachteiligte Minderheit in der Europäischen Union“ sei. Kritikwürdig an dieser im Allgemeinen als positiv zu beurteilenden Kenntnisnahme der Diskriminierung ist dennoch, dass innerhalb der politischen Diskurse auf Seiten der EU zum Teil antiziganistische Stereotype bedient werden, worauf die Autor\_innen hinweisen.

### Antiziganismus in Deutschland

Aus den genannten europäischen Staaten, in denen antiziganistische Diskriminierungen auffindbar sind, wird Deutschland von den Autor\_innen aus guten Gründen nicht ausgenommen: Noch bis in die 1980er Jahre hinein wurden in Deutschland Personen im Polizeilichen Informationssystem INPOL mit dem Kürzel „ZN“ – „Zigeunernname“ – versehen. Diese gesonderte Erfassung von „Zigeunern“ ist eine ganz und gar nicht kaschierte Fortführung des aus dem Nationalsozialismus bekannten antiziganistischen Stereotyps, wonach „Zigeuner“ per Herkunft zu Kriminaldelikten neigen würden. Auch frühere Formen der gezielten polizeilichen Erfassung durch das Nachkriegsdeutschland, so in Form der „Landfahrerzentrale“, stellen die Herausgeber\_innen dar. Dass auch auf individueller Ebene in Deutschland eine fulminante Feindschaft gegenüber Sinti und Roma existiert, verdeutlichen die Autor\_innen an folgendem Beispiel: Nach einer Emnid-Umfrage aus dem Jahr 1994 geben 64% der Befragten an, nicht neben Sinti und Roma wohnen zu wollen. Diese Gruppe erreicht damit den höchsten Ablehnungswert.

Darüber hinaus gehen die Autor\_innen auf die Verantwortung der Bundesrepublik ein, den NS-Völkermord an den Sinti und Roma „aufzuarbeiten“; das in dieser Hinsicht (Nicht-) Geschehene umreißen die Autor\_innen mit folgenden Worten: „Angesichts der Tatsache, dass es, bis die Roma-Bürgerrechtsbewegung selbst das Thema [Entschädigungen für die Überlebenden des Völkermords] immer wieder in der Öffentlichkeit auf die Agenda setzte, so gut wie gar kein Interesse für die Geschichte des Völkermords, geschweige denn Empathie mit den Roma als Opfergruppe gab, kann die Betitelung ‚vergessen‘ nur als Euphemismus gelesen werden“. [Erklärung: „Vergessene Opfer des Nationalsozialismus“ ist ein zusammenfassender Begriff gewesen, unter dem unter anderem der Bundestag eine ‚nachgeholte‘ Ent-

schädigung für die bis in die 1980er Jahre von Entschädigungszahlungen unberücksichtigt gelassenen Opfergruppen des Nationalsozialismus diskutierte] Auch in der erinnerungspolitischen Diskussion um ein Mahnmal für die während des Nationalsozialismus aus einer rassistischen Ideologie heraus ermordeten Sinti und Roma wurden antiziganistische Stereotype aktualisiert, wie Yvonne Robel in einem eigenständigen Beitrag zu diesem Diskurs aufzeigt.

Den Herausgeber\_innen und Autor\_innen gelingt es in der Einleitung sowie in den Aufsätzen zu aktuellen Formen antiziganistischer Diskriminierung und zur Reproduktion antiziganistischer Stereotype in allgemein verständlicher Art, mit zahlreichen Quellen und Literaturhinweisen versehen, die Präsenz dieses „allgegenwärtigen Ressentiments“ vor Augen zu führen. Dabei wird angenehm undogmatisch eine Vielzahl von Zugängen gewählt, die wohl zum Teil auch dem interdisziplinären Ansatz des Buchprojekts geschuldet sind: Eher politikwissenschaftliche Analysen, diskursanalytische Betrachtungen und sprach- bzw. literaturwissenschaftliche Erwägungen finden Eingang, um den vielfältigen Ausdrucksformen von Antiziganismus gerecht zu werden. Denn unter Antiziganismus können sowohl die konkreten Maßnahmen, welche sich auf als „Zigeuner“ definierte Individuen beziehen, als auch Bilder und Vorstellungen, die von der Mehrheitsbevölkerung internalisiert sind und stetig in Medien und Diskursen reproduziert werden, verstanden werden.

### Theorie des Antiziganismus

Wie lässt es sich nun erklären, dass antiziganistische Stereotype und Diskriminierungen geografisch derart weit verbreitet sind und immer wieder relativ problemlos aktualisiert werden können – wie dies ganz prominent im Zuge der Debatte um die Abschaffung des Asylgesetzes geschehen ist? Mögliche Antworten auf diese Fragen finden sich vor allem in den theoretischen Aufsätzen von Markus End und Roswitha Scholz

► Markus End, Katrin Herold, Yvonne Robel (Hrsg.):  
Antiziganistische Zustände.  
Zur Kritik eines allgegenwärtigen  
Ressentiments

Unrast Verlag, Münster, 2009  
19 Euro



in diesem Sammelband. Dabei nehmen diese, wie auch alle anderen Autor\_innen des Bandes ganz bewusst davon Abstand, innerhalb der Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma nach Antworten auf die Frage nach den Ursachen von Antiziganismus zu suchen. Vielmehr wählen sie den Zugang über die Analyse der Funktion von und der Motivation zu antiziganistischen Vorstellungen auf Seiten derjenigen, die antiziganistische Ressentiments internalisiert haben und immer wieder reproduzieren, und fragen nach den gesamtgesellschaftlichen Bedingungen dieses Denkens. In den Aufsätzen wird die Leserin mit unter anderem der Kritischen Theorie, speziell Theodor W. Adorno, mit Giorgio Agamben oder mit Robert Kurz konfrontiert, deren theoretische Ansätze für die Analyse des Antiziganismus fruchtbar gemacht werden. Diese Aufsätze klären unter anderem auch darüber auf, warum romantisierende, vermeintlich positive Assoziationen, die mit „Zigeunern“ verknüpft sind, und deutlich negative Zuschreibungen nicht im Kontrast zu einander stehen, sich gar gegenseitig ergänzen, und somit als zwei Seiten derselben Medaille zu verstehen sind.

### Urteil: Enorm lesenswert!

Der Sammelband erweist sich als gut geeignet, um sich einen Überblick über die (europäischen) Dimensionen antiziganistischer Stereotype in der Gegenwart, über die historische Entwicklung des Antiziganismus oder über Antiziganismus in der deutschen Erinnerungspolitik zu verschaffen. Er eignet sich ganz bestimmt auch, um erste Anregungen bezüglich einer theoretischen Erklärung des Phänomens des Antiziganismus zu sammeln. Den Herausgeber\_innen und Autor\_innen wäre für ihr gelungenes Werk zu gratulieren, wenn nicht der Anlass des Sammelbandes ein so bedrückender wäre.

# Geschichte in Bildern

## Ansgar Lorenz zeichnet die Gewerkschaftsgeschichte nach

von Torsten Bewernitz

Wenn euch, liebe LeserInnen, die Bilder aus dem Sachcomic „Kleine Geschichte der Arbeiterbewegung“ aus dem Wilhelm Fink-Verlag bekannt vorkommen, dann habt ihr Recht: Der Autor hat jahrelang die vorliegende Zeitung gelayoutet und steuert nach wie vor zahlreiche Karikaturen bei.

Ansgar Lorenz' „Kleine Geschichte der Arbeiterbewegung“ sollte eigentlich eine kleine Geschichte der Gewerkschaften werden. Diese kleine Geschichte war seine Diplomarbeit am Fachbereich Graphikdesign an der FH Münster. Das kleine Manko muss man sicherlich kritisieren: Es gab und gibt auch jenseits der Gewerkschaften eine Arbeiterbewegung. Der Autor und Zeichner weiß das und hat entsprechend bemerkt, dass die Geschichte einer Arbeiterbewegung hier am Beispiel der Gewerkschaften dargestellt wird.

Der Reiz des Buches ist dabei nicht, vollkommen neu in diese Geschichte eingeführt zu werden, sondern die Form der Einführung als Sachcomic. In seinem eigenen Stil hat Ansgar Lorenz die Geschichte der Arbeiterbewegung neu illustriert. So etwas gab es lange nicht mehr. Ältere erinnern sich noch an die Polit-Comics von Gerhard Seyfried und die lateinamerikanischen Sachcomics von Rius. Lorenz' Bildgeschichte ist davon sicherlich inspiriert, gewinnt aber durch den eigenen Stil an Charme.

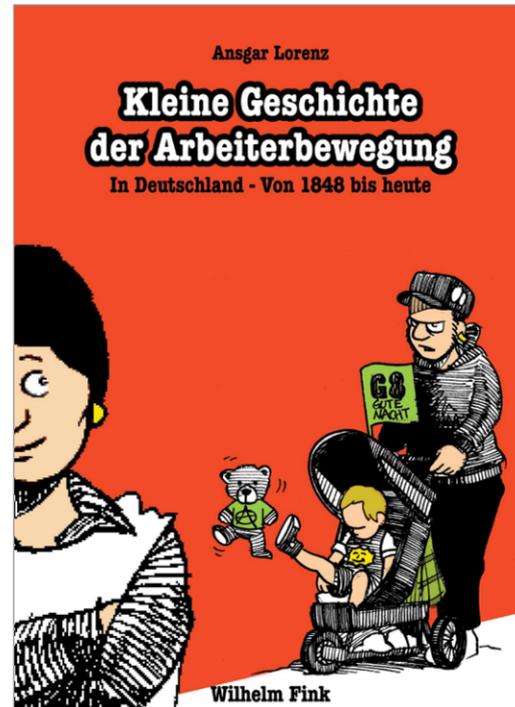
Für Lorenz typisch: Er lässt seine Geschichte von AkteurInnen erzählen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung fängt nicht 1848 an, sondern mit einer streikenden Busfahrerin, die ihre Motivation erst mal erklären muss. Und zwar nicht irgendeinem dahergelaufenen Passanten, sondern jemandem, der als ausgemacht links daherkommt. Der Zeichner macht damit deutlich, dass auch jenen, die als überzeugt gelten, oftmals noch viel erklärt werden muss. Die implizite Kritik, die Lorenz äußert, ist, dass viele neue Linke

ihre Solidarität an Äußerlichkeiten fest machen: Dem allein erziehenden Vater, der zeichnerisch als Anarchist und Antiglobalisierungsaktivist gekennzeichnet ist, der sein Kind zur KiTa und sich selber zur Arbeit bringen muss, erschließt sich der Sinn des Streiks der Busfahrerin nicht bzw. erst, nachdem dies ihm die Geschichte der Streiks über gut 90 Seiten erläutert hat.

Diese Form von Kritik zieht sich durch den Comic: Die Textbeiträge erzählen eine vergleichsweise objektive Geschichte der Gewerkschaften – dass diese nicht immer so glatt lief, wird erst in den Bildern und den zugehörigen Untertiteln deutlich. Z.B. wird die Akzeptierung der Betriebsräte im Text vergleichsweise neutral erzählt, erst im Bild wird klar, dass Betriebsräte auch dazu da sind, sich mit den Arbeitgebern zu verständigen. Man kann Lorenz' Comic verstehen als Geschichte, die durch seine Zeichnungen als Meinung dazu interpretiert und teilweise konterkariert werden.

Deshalb findet man auch Geschichte und Geschichten in dem Comic, die den Kennern einer offiziellen Geschichte der Arbeiterbewegung nicht so bekannt sind: Von den Konflikten in der von Marx gegründeten ersten Internationalen bis zu den sog. ‚Ausländerstreiks‘ der 1970er Jahre und aktuellen Streiks – Ansgar Lorenz benennt auch Themen und Debatten, die in der offiziellen Geschichte eher untergehen.

Lorenz knüpft an eine linke Tradition an, die lange verschüttet war. Als seine DozentInnen seine Abschlussarbeit benotet haben, haben sie sich sicherlich daran erinnert, wie sie einst in den 1970er oder 80er Jahren ‚politisiert‘ wurden. Unter zahlreichen neuen Corporate Designs für



► Lorenz, Ansgar: Kleine Geschichte der Arbeiterbewegung. In Deutschland – von 1848 bis heute. Wilhelm Fink-Verlag 2009. 92 Seiten, 12,90 €.

## „Wie gut kennst du Münster wirklich?“

2



von Olivia Fuhrich

Nachdem ihr im letzten SSP hoffentlich alle erfolgreich das kleine, lesende Männchen der Westfälischen Nachrichten erkannt habt, wird es diesmal noch schwieriger. Wer ist dieser Mensch? Und wo in Münster kann man ihn finden?

Die Auflösung des Bilderrätsels findet ihr wieder auf unserer Homepage ([www.semesterspiegel.de](http://www.semesterspiegel.de)).

### Dein Rätsel im Semesterspiegel

Du möchtest selbst ein Rätsel im Semesterspiegel veröffentlichen? Schick uns einfach dein Rätsel – bitte mit Lösung(sweg) – an:

[semesterspiegel@googlemail.com](mailto:semesterspiegel@googlemail.com).

Für jedes veröffentlichte Rätsel winken 10 Euro.

## Sudoku

von Daniel Halkiew

9		2	4		6	5		1
5				1		4		
			5				8	9
			8				1	3
				6				
1	5				7			
4	6				3			
		1		5				4
7		9	6		1	2		8

## Stairstep-Sudoku

von Daniel Halkiew

4			8					5
						9	6	2
		5					4	
2			5	4				
	6	4						
9			1	5				8
5			2					9
						3		
	1	8				7		

Ihr seid auf der Suche nach Rätsellösungen,  
alten Ausgaben oder Infos zur Mitarbeit beim  
Semesterspiegel? Besucht uns online:



Illustration: Ansgar Lorenz

► [www.semesterspiegel.de](http://www.semesterspiegel.de)